

**Wirtschaftsprognose
Economic Forecast**

**Mittelfristige Prognose der
österreichischen Wirtschaft
2000–2004**

Juli 2000

Die ökonometrischen Modellprognosen
werden von einer Arbeitsgruppe der
Abteilung Ökonomie und Finanzwirtschaft erstellt:

**Bernhard Felderer
Daniela Grozea-Helmenstein
Christian Helmenstein
Helmut Hofer
Reinhard Koman
Monika Riedel
Edith Skriner
Andrea Weber**

**Ökonometrisches Forschungsprogramm
des Instituts für Höhere Studien**

Alle geschlechtsspezifischen Bezeichnungen gelten sinngemäß für beide Geschlechter.

**Institut für Höhere Studien (IHS), Wien
Institute for Advanced Studies, Vienna**

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung und Zusammenfassung	1
Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse	3
Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse	4/5
2. Die internationale Konjunktur	6
2.1. Internationale Konjunkturprognosen	6
2.2. Länderprognosen	8
Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen	15
3. Die österreichische Außenwirtschaft	16
4. Perspektiven der Inlandskonjunktur	19
5. Monetäre Prognose	25
Tabellenanhang	27

1. Einleitung und Zusammenfassung

Gute Konjunktur zur Budgetkonsolidierung nützen

Die österreichische Wirtschaft bleibt weiterhin auf Wachstumskurs. Gegenwärtig sind die kurzfristigen Konjunkturaussichten im gesamten OECD-Raum äußerst günstig. In den USA zeigen sich keine Zeichen für eine Abschwächung des Wirtschaftswachstums. Der Aufschwung im EURO-Raum wird von einer äußerst kräftigen Ausweitung der Exportnachfrage getragen, die von der Abwertung des EURO und der Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit unterstützt wird. Der internationale Handel ermöglicht die Übertragung der weltweiten Nachfrageimpulse in die einzelnen Länder und stärkt damit das Wirtschaftswachstum. Die Arbeitslosigkeit im EURO-Raum wird zurückgehen. Die Lage der öffentlichen Haushalte in der EURO-Zone hat sich deutlich verbessert. Lediglich die Inflationsentwicklung birgt Risiken für das Wirtschaftswachstum.

Die vorliegende mittelfristige Prognose geht davon aus, dass sich das internationale Umfeld für die österreichische Wirtschaft auch mittelfristig positiv darstellt. In Einklang mit der mittelfristigen Prognose der OECD unterstellt das Institut, dass sich die Konjunktur im OECD-Raum nach 2001 geringfügig abkühlt und die Lücke zwischen potentiell und aktuellem Output in den Folgejahren geschlossen wird. Auch das Wachstum des Welthandels geht im Laufe des Prognosezeitraums zurück.

Die österreichische Wirtschaft wird im Zeitraum von 2000 bis 2004 durchschnittlich um real 2.8 % und damit deutlich stärker als in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre (2.0 %) wachsen. Der Konjunkturrückgangspunkt wird bereits im Jahr 2000 erreicht sein. Aufgrund der internationalen Rahmenbedingungen wird sich die Wirtschaftsentwicklung in Österreich in den folgenden Jahren etwas abschwächen. Im Durchschnitt wird das Wirtschaftswachstum in Österreich dem der anderen EU-Staaten entsprechen. Bei der Interpretation dieser Prognose ist zu berücksichtigen, dass wichtige Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) laut ESVG 1995 noch immer nicht vorliegen.

Die wesentlichsten Wachstumsmotoren in den nächsten Jahren bleiben die Inlandsnachfrage, wobei insbesondere der private Konsum und die Ausrüstungsinvestitionen zu nennen sind, sowie die kräftige Exportnachfrage.

Der reale private Konsum wird im Prognosezeitraum gestützt von der positiven Entwicklung der Einkommen im Durchschnitt um 2.3 % wachsen. Aufgrund der Umstellung der VGR ist das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte gegenwärtig nicht verfügbar, was dazu führt, dass eine Berechnung der persönlichen Sparquote derzeit nicht möglich ist.

Die österreichischen Unternehmen werden ihren Modernisierungskurs weiter fortsetzen und kräftig investieren. Das Wachstum der realen Ausrüstungsinvestitionen bleibt mit durchschnittlich 6.3 % hoch. Die Expansion der Bauinvestitionen wird mit 1.4 % sehr verhalten bleiben. Dazu tragen sowohl die

schwächere Nachfrage im Wohnbau als auch die Investitionskürzungen im staatlichen Bereich signifikant bei.

Die reale Inlandsnachfrage wird mit 2.2 % im Prognosezeitraum deutlich schneller wachsen als in den vergangenen vier Jahren (1.6 %). Das Wachstumstempo liegt aber einen halben Prozentpunkt unter dem realen Wirtschaftswachstum.

Die Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft setzt sich weiterhin fort. Sowohl die realen Exporte laut VGR i.w.S. (6.9 %) als auch die realen Importe i.w.S. (5.8 %) wachsen gleich schnell wie in den letzten vier Jahren. Der Außenbeitrag ist über den gesamten Prognosezeitraum hinweg positiv und stützt das heimische Wirtschaftswachstum.

Die günstige Entwicklung bei den Warenexporten und der positive Trend im Reiseverkehr führen dazu, dass das Leistungsbilanzdefizit von 74.5 Mrd. ATS (1999) auf 31.3 Mrd. ATS (2004) zurückgeht. Damit beläuft sich das Defizit am Ende des Prognosezeitraums auf ein Prozent des BIP.

Das Institut geht von einer ruhigen Preisentwicklung aus. Die Verbraucherpreissteigerungen sollten durchschnittlich 1.6 % betragen. Diesem moderaten Preisauftrieb liegt der weiterhin hohe internationale Wettbewerbsdruck und die verhaltene Entwicklung der Lohnstückkosten zugrunde. Steigende Importpreise oder eine stärkere Überwälzung des gegenwärtigen Preisauftriebs in die Lohnkosten würden allerdings den Preisauftrieb verstärken.

Die gute Konjunkturlage, unterstützt von der aktiven Arbeitsmarktpolitik, führt zu einer deutlichen Verbesserung am Arbeitsmarkt. Bis zum Jahr 2004 steigt die Zahl der Aktiv-Beschäftigten um 118.000 Personen an. Die Arbeitslosenrate (nationale Definition) sinkt im Jahr 2004 unter die 5-Prozentmarke. Im Durchschnitt wird die Arbeitslosenrate 5.4 % betragen und damit um 1 ½ Prozentpunkte geringer sein als noch im Durchschnitt der letzten vier Jahre. Die Arbeitslosenrate nach der EUROSTAT-Berechnungsmethode wird knapp über 3 % liegen. Die Ziele des nationalen Aktionsplans werden erfüllt.

Die Abschätzung der Entwicklung der öffentlichen Haushalte ist mit größeren Unsicherheiten verbunden. Das Institut geht davon aus, dass der Prognosezeitraum von deutlichen Konsolidierungsmaßnahmen geprägt wird, die überwiegend auf der Ausgabenseite ansetzen. Dieser Prognose wird das Ende Juni vorliegende österreichische Stabilitätsprogramm zugrunde gelegt. Vor dem Hintergrund der Budgetentwicklung in der EURO-Zone ist dieses Stabilitätsprogramm als wenig ambitioniert einzustufen. Eine stärkere Absenkung des strukturellen Defizits erscheint notwendig. Die ausgezeichnete Konjunkturlage sollte zur Durchführung der notwendigen Strukturreformen genutzt werden. Das im Budgetprogramm 2000-2003 im Juli 2000 angekündigte Budgetziel einer Rückführung des Defizits auf 1.3 % im Jahr 2001 bzw. auf Null in den Folgejahren ist daher eindeutig zu begrüßen. Da die zur Erreichung dieses Budgetziels notwendigen Maßnahmen im Budgetprogramm nicht explizit aufgeführt sind, konnte dieses Budgetprogramm in der vorliegenden Prognose nicht berücksichtigt werden.

Wichtige Prognoseergebnisse

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

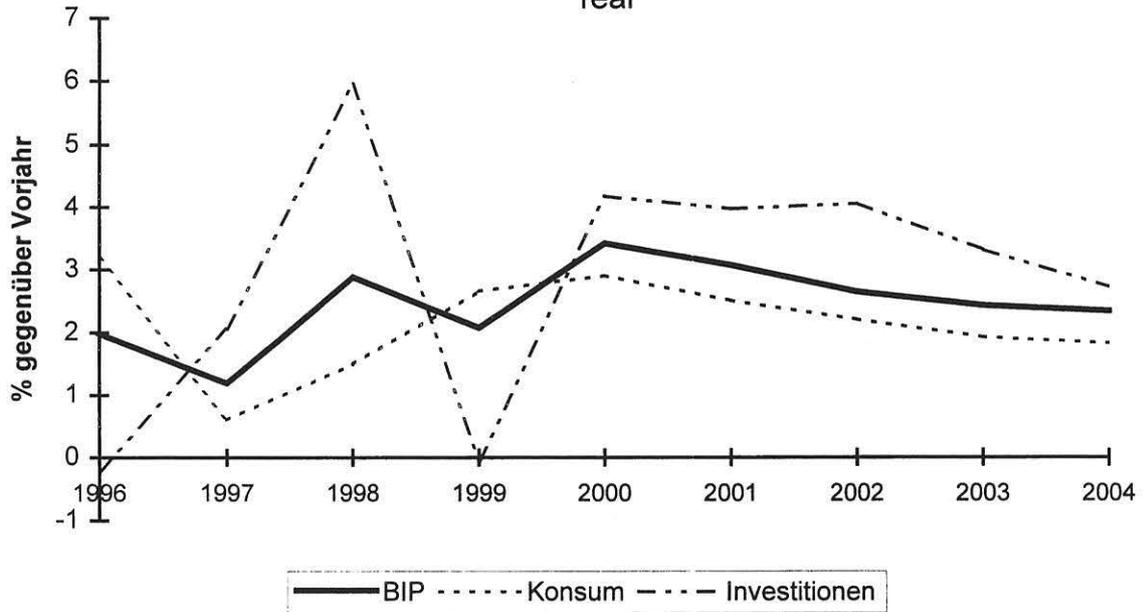
	1996-1999	2000-2004
Bruttoinlandsprodukt, real	2.0	2.8
Privater Konsum, real	2.0	2.3
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	1.9	3.6
Ausrüstungsinvestitionen, real	2.8	6.3
Bauinvestitionen, real	1.2	1.4
Inlandsnachfrage, real	1.6	2.2
Exporte i.w.S., real	7.0	6.9
Waren, real (laut VGR)	8.6	8.6
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-0.5	2.4
Importe i.w.S., real	6.0	5.8
Waren, real (laut VGR)	6.4	7.0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-1.3	1.0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	0.4	0.8
Arbeitslosenrate: Nationale Definition ^{*)}	6.9	5.4
Arbeitslosenrate: Eurostat-Definition ^{*)}	4.2	3.2
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2.1	2.8
Preisindex des BIP	1.1	1.2
Verbraucherpreisindex	1.2	1.6
3-Monats-EURO-Rendite ^{*)}	3.5	5.1
10-Jahres-EURO-Rendite ^{*)}	5.7	5.8
Leistungsbilanz (Mrd. ATS) ^{*)}	-60.6	-45.0

^{*)} absolute Werte

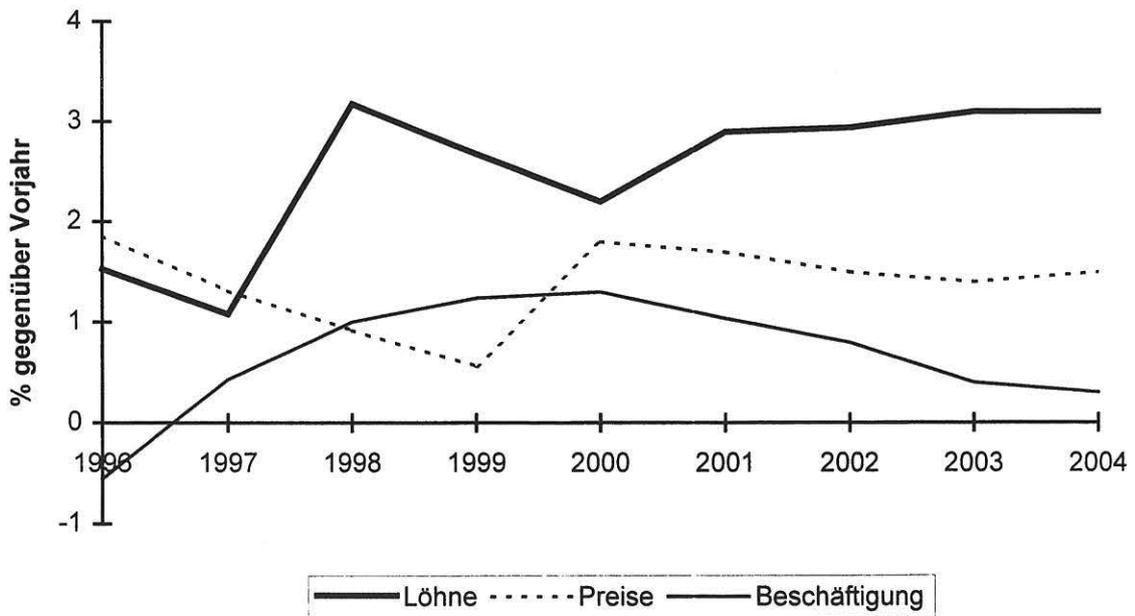
WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE /1

BIP - Konsum - Investitionen

real

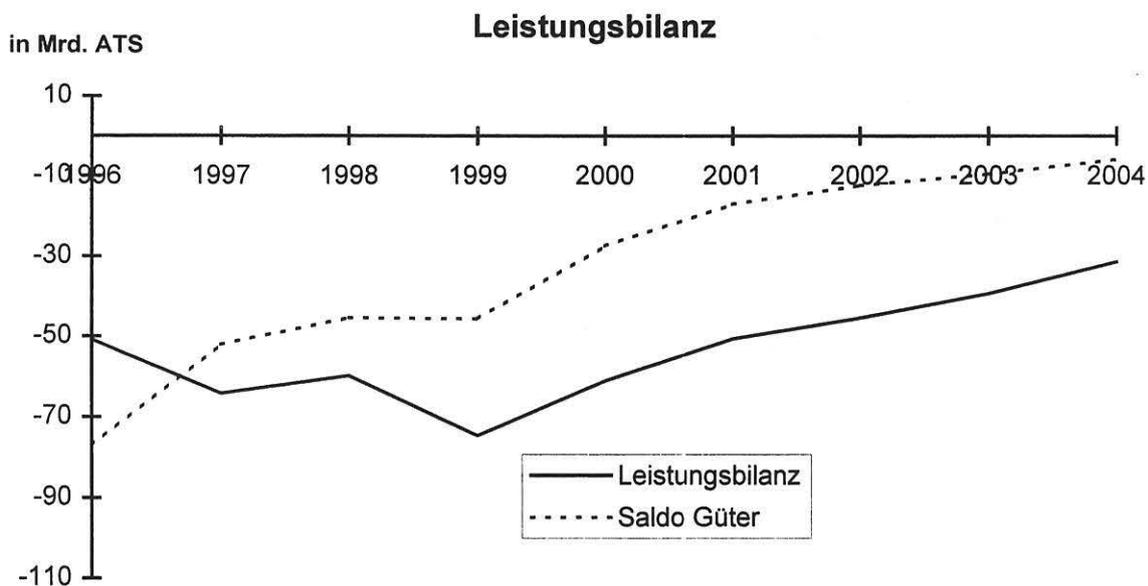
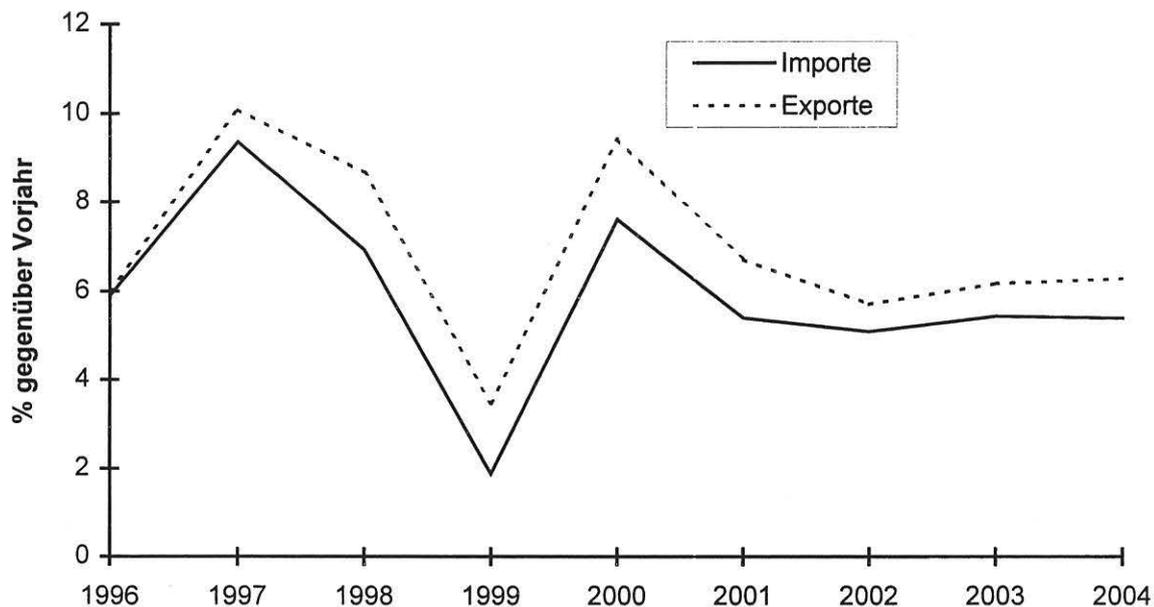


Löhne - Preise - Beschäftigung



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE /2

Importe (i.w.S.) - Exporte (i.w.S.)



2. Die internationale Konjunktur

2.1. Internationale Konjunkturprognosen

Laut IMF wuchs die Weltwirtschaft im Zeitraum von 1995 bis 1999 im Jahresdurchschnitt um 2.9 % und der reale Welthandel beschleunigte sich durchschnittlich um 6.4 %. Es verringerte sich der Inflationsdruck und die Arbeitsmarktlage verbesserte sich zusehends.

Die Industrieländer wiesen in den Jahren 1995 bis 1999 ein durchschnittliches Jahreswachstum von 2.9 % auf. Am besten entwickelte sich die Wirtschaft in Nordamerika, wo Wachstumsraten von etwa 4 % erreicht wurden. In der Europäischen Union fiel der Zuwachs mit 2.3 % niedriger aus, wobei sich die einzelnen Länder sehr unterschiedlich entwickelten. Während Deutschland und Italien ein durchschnittliches Wachstum von nur 1.5 % bzw. 1.3 % erreichten, befanden sich Spanien und die Benelux-Staaten in einer Hochkonjunktur. Die Entwicklungsländer erzielten im Zeitraum ein durchschnittliches Jahreswachstum von 5.1 %.

In den Jahren 1995 bis 1997 wuchs die Weltwirtschaft um durchschnittlich 4 %. Im zweiten Halbjahr 1998 und im gesamten Jahr verzeichneten alle Regionen der Welt, mit Ausnahme von Nordamerika, einen Wachstumsrückgang, bedingt durch die Auswirkungen der Finanzkrisen in Südostasien, Lateinamerika und Russland.

In den Jahren 1995 bis 1999 war der Inflationsdruck weltweit sehr gering. Die Rohstoffpreise sanken und in den Industrieländern blieb die Lohnentwicklung auf einem moderaten Niveau. Das Zinsniveau der Industrieländer zeigte daher einen fallenden Trend. Wegen der ungebrochenen Stärke der US-Wirtschaft gewann der USD an Wert. In den meisten Ländern konnten Produktivitätssteigerungen erzielt werden, wobei die USA und Frankreich die größten Steigerungsraten verzeichneten. Außerdem konnten die Industrieländer ihren öffentlichen Haushalt konsolidieren. Die Staatsschuld der Entwicklungsländer erhöhte sich hingegen in den vergangenen Jahren.

Die globale Wirtschaftsabschwächung der Jahre 1998 und 1999 scheint überwunden zu sein, wobei bereits im laufenden Jahr der konjunkturelle Höchststand erreicht sein dürfte. Während in Europa das Wirtschaftswachstum im Jahr 2000 Rekordwerte erreicht, gibt es bereits Anzeichen dafür, dass sich die Entwicklung in den USA etwas verlangsamt. Da erwartet wird, dass es in den nächsten Jahren weltweit keine Krisenherde geben wird, dürfte sich das Wachstum der Weltwirtschaft in den folgenden vier Jahren nur leicht abschwächen. Dem zunehmenden Inflationsdruck, der sich im Jahr 2000 bereits in den meisten Industrieländern abzeichnet, sollte eine straffere Geldpolitik entgegenwirken. Es wird auch erwartet, dass die verbesserten Wirtschaftsbedingungen in Europa den EURO stärken werden. Durch die anziehende Konjunktur dürfte sich das Problem der Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union weiter abschwächen. Im Jahr 2000 werden generell sinkende Arbeitslosenraten beobachtet.

Die Rohölpreise dürften weiterhin auf dem Niveau des Jahres 2000 verharren. Die rohölimportierenden Länder leiden derzeit aber weniger unter dem Preisdruck als in den 1970er Jahren und für

viele erdölexportierende Länder bedeuten hohe Rohstoffpreise eine Verbesserung ihrer externen Positionen und des Staatshaushalts. Dadurch dürften sich die Wirtschaftsbedingungen in Russland, in einigen Ländern des Mittleren Ostens und Afrikas und den erdölexportierenden Ländern Lateinamerikas in den nächsten Jahren bedeutend verbessern.

Aufgrund dieser Annahmen dürfte das Wirtschaftswachstum der industrialisierten Länder im Zeitraum 2000 bis 2004 im Jahresdurchschnitt 3 % betragen. In Nordamerika könnte sich die Wirtschaftsdynamik auf 3 ½ % verlangsamen. In Asien stabilisierte sich 1999 die Wirtschaftslage zunehmend mit Wachstumsraten über 5 %. Im laufenden Jahr setzt sich der Trend fort, wobei das Wachstum vorwiegend von öffentlichen Maßnahmen und durch die Erhöhung der Lagerbestände getragen wird. Die rege Importtätigkeit wird durch hohe Exportraten kompensiert. In den kommenden Jahren wird mit keiner Wachstumsabschwächung der asiatischen Wirtschaft gerechnet. Nach dem zweijährigen Wirtschaftseinbruch in Lateinamerika erholt sich die Region im laufenden Jahr zusehends. Der Wirtschaftsaufschwung stützt sich auf eine rege heimische Nachfrage und auf eine auflebende Investitionstätigkeit. Durch den Wertverlust der Währungen der meisten lateinamerikanischen Länder steigt die Nachfrage aus Übersee stark an.

Für die Europäische Union wird für die Jahre 2000 bis 2004 ein durchschnittliches Jahreswachstum von 2 ¾ % vorausgesagt. Im laufenden Jahr dürfte der Zuwachs 3 ½ % betragen. Die derzeitige Wachstumsrate, die höchste seit zehn Jahren, wird vor allem von den Exporten und Investitionen getragen. Grund für die hohe Auslandsnachfrage ist die hohe Wettbewerbsfähigkeit der EURO-Länder und die steigende Nachfrage aus Südostasien, Lateinamerika und Osteuropa. Die anhaltende Hochkonjunktur der US-Wirtschaft trägt weiterhin wesentlich zur Exportdynamik in der EU bei.

Durch den Wertzuwachs des EURO dürften die Exportchancen der Länder der EU in den nächsten Jahren etwas gedämpft werden. Ein stärkerer Wachstumsbeitrag wird dann vom Konsum der privaten Haushalte kommen. Grund dafür sind das wachsende Konsumentenvertrauen, bedingt durch die verbesserten Arbeitsmarktbedingungen und das steigende Einkommen der privaten Haushalte.

Der EURO gewinnt seit Mitte des laufenden Jahres gegenüber dem USD an Wert und es wird angenommen, dass dieser Trend bis zum Jahr 2004 anhalten wird. Trotz des Wertzuwachses im Zeitraum 2000 bis 2004 liegt der EURO gegenüber dem USD aber noch immer 12 % unter dem Durchschnittswert der Jahre 1995 bis 1999.

Da im Jahr 2000 die hohen Rohölpreise für Preissteigerungen verantwortlich sind, könnte in den nächsten Jahren die wachsende Inlandsnachfrage Preissteigerungen verursachen. Um die Inflationsrate im EURO-Raum unter der 2-Prozentmarke zu halten, wird erwartet, dass die EZB den Leitzinssatz in den nächsten Jahren weiter anheben wird. 1995 bis 1999 betrug der Leitzinssatz im Jahresdurchschnitt 3,5 %. Im Zeitraum 2000 bis 2004 dürfte das Zinsniveau im Jahresdurchschnitt knapp unter 5 % liegen.

2.2. Länderprognosen

Deutschland

Seit Ende 1999 erlebt die deutsche Wirtschaft einen Aufwärtstrend. Während das BIP im Zeitraum 1995 bis 1999 um nur 1.5 % im Jahresdurchschnitt wuchs, dürfte es sich im Zeitraum 2000 bis 2004 um jährlich $2\frac{1}{4}$ % beschleunigen. Im Jahr 2000 dürfte das Wachstum $3\frac{1}{2}$ % betragen. Damit erreicht das Wachstum seinen höchsten Wert seit der Wiedervereinigung. In den folgenden Jahren ist wieder mit einer Wachstumsabschwächung zu rechnen.

Der Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft ist derzeit ausschließlich der Export. Die günstige Entwicklung der Weltwirtschaft und der – trotz leichtem Aufwärtstrend – noch immer schwache EURO dürften in den nächsten zwei Jahren weiterhin für einen konjunkturellen Schub sorgen. Im laufenden Jahr dürften die realen Exporte um 15.7 % wachsen und sich im Jahr 2001 auf 8.5 % abschwächen. Die starke Auslandsnachfrage stimuliert die Anlageinvestitionen im laufenden und nächsten Jahr. Das Baugewerbe bleibt auch in den nächsten Jahren der Schwachpunkt der deutschen Wirtschaft. Der Konsum der privaten Haushalte dürfte sich, nach einem Wachstum von durchschnittlich 1.6 % in den vergangenen Jahren, in den nächsten vier Jahren im Jahresdurchschnitt um 2 % erhöhen und somit zur wichtigsten Wachstumskomponente der deutschen Wirtschaft werden.

Durch die lebhaftere Nachfrage aus dem Ausland wächst die Industrieproduktion im Jahr 2000 um etwa 5 % und die Kapazitätsauslastung der verarbeitenden Industrie verzeichnet den höchsten Nutzungsgrad seit 1991. Die günstige Wirtschaftslage spiegelt sich auch im Ifo-Konjunkturtest wider. Die aktuelle Geschäftslage wird in der Industrie derzeit so günstig eingeschätzt wie seit fünf Jahren nicht mehr. Mittelfristig wird die Steuerreform den Wirtschaftsstandort Deutschland stärken. Die Arbeitslosenrate dürfte von einem Durchschnittsniveau von 9 % in den vergangenen Jahren bis zum Jahr 2004 auf etwa 7 % sinken.

Trotz des konjunkturellen Aufschwungs und einer erheblichen Verteuerung der fossilen Brennstoffe bleibt der Preisanstieg, unterstützt durch eine maßvolle Lohnentwicklung, moderat. Die Steigerungsraten bei den Verbraucherpreisen dürften im Jahr 2000 mit 1.7 % ihren Höchststand erreichen. Für die kommenden Jahre wird mit einer Teuerung von 1.4 % gerechnet.

Weitere westeuropäische Länder

Italiens Wirtschaft wächst deutlich langsamer als der Durchschnitt der EU-Länder. In den vergangenen fünf Jahren wuchs das italienische BIP im Jahresdurchschnitt um 1.8 %. Im Zeitraum 2000 bis 2004 dürfte sich das Wachstum leicht beschleunigen und etwas über 2 % liegen. Im Jahr 2000 wird mit einem Wachstum von 2 ½ % gerechnet. Durch die hohe Preissteigerungsrate ist die Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Wirtschaft etwas geringer als jene der anderen EURO-Länder. Die Exporte verzeichnen zwar ein starkes Wachstum, werden aber durch einen noch stärkeren Anstieg der Importe überkompensiert. Dieser Trend dürfte sich auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Der Konsum der privaten Haushalte dürfte sich von durchschnittlich 2.0 % in den vergangenen fünf Jahren in den kommenden Jahren weiter beschleunigen.

Nachdem die Produktion der italienischen Industrie in den letzten fünf Jahren um nur 1 % im Jahresdurchschnitt gewachsen ist, steigt sie im Jahr 2000 wieder kräftiger (3.3 %) an. Laut Konjunkturumfrage des *Istituto di Studi e Analisi Economica* (Isae) sind die Aussichten der Industrie für die nächste Zeit optimistisch. Es zeichnet sich auch bereits ab, dass im laufenden Jahr die Auftragseingänge eine Rekordhöhe erreichen. Das Anziehen der Konjunktur in diesem Jahr führte bereits am Arbeitsmarkt zu Engpässen, obwohl sich die Arbeitslosenquote landesweit immer noch bei 11 % bewegt.

Italiens Verbraucherpreise stiegen in den letzten fünf Jahren im Durchschnitt um 3 %. Im laufenden Jahr sind vor allem die hohen Transport- und Wohnungskosten für den Anstieg von 2.8 % verantwortlich. Das Ziel der Regierung ist es, mittelfristig eine Teuerungsrate bei den Verbraucherpreisen von maximal 1.8 % zu erreichen. Wirtschaftsexperten sehen indes dieses Ziel schwer erreichbar, da Italien sehr stark vom Import von fossilen Brennstoffen abhängig ist und in den nächsten Jahren durch die Zunahme der Inlandsnachfrage ein weiterer Preisdruck entstehen könnte. In den nächsten Jahren dürfte sich daher die Inflation nur leicht abschwächen.

Während **Frankreichs** Wirtschaft in den Jahren 1995 bis 1997 Wachstumsraten von weniger als 2 % verzeichnete, erlebt das Land seit 1998 einen Konjunkturaufschwung mit Wachstumsraten über 3 %. Im laufenden Jahr dürfte das französische BIP sogar um 3 ¾ % wachsen. In den folgenden Jahren ist jedoch mit einer Wachstumsabschwächung des BIP zu rechnen. Im Zeitraum von 1998 bis 2000 kam der größte Wachstumsimpuls vom Konsum der privaten Haushalte, der sich jedoch in den nächsten Jahren verringern wird. Frankreichs Konsumenten befürchten, dass die 35-Stunden-Woche eine Verringerung des Einkommens mit sich bringen könnte und das steigende Zinsniveau bremst bereits die Bautätigkeit der privaten Haushalte.

Das Wirtschaftswachstum wird im Prognosezeitraum von den Exporten und einer starken Investitionstätigkeit getragen. Die Industrieproduktion dürfte im laufenden Jahr um 4 % steigen und die Kapazitätsauslastung liegt bereits 2.5 Prozentpunkte über dem langjährigen Durchschnitt. Die Auftragsbücher für Industriegüter sind voll, wobei der Großteil der Aufträge aus dem Ausland kommt. So erreicht der Optimismus der Unternehmer im laufenden Jahr ein Rekordniveau. Die Erwartungen

bezüglich einer Beschäftigungssteigerung in der nahen Zukunft wird von Experten als positiv eingeschätzt. Unter diesen Voraussetzungen wird erwartet, dass die französische Arbeitslosenrate im laufenden Jahr auf etwa 9.8 % sinkt, verglichen mit 11.9 %, dem Jahresdurchschnitt der letzten fünf Jahre. Eine weitere Absenkung der Arbeitslosenrate wird jedoch aufgrund von strukturellen Bedingungen als schwierig erachtet.

Trotz der lebhaften Nachfrage werden die Preissteigerungen mittelfristig die 2-Prozentmarke nicht überschreiten.

Durch die gute wirtschaftliche Entwicklung und die damit zusammenhängende Zunahme der Staatseinnahmen dürfte das Budgetdefizit im laufenden Jahr weiter verringert werden und 1.5 % des BIP ausmachen. Obwohl Frankreichs Defizitabbau rasch voran geht, liegt es noch immer, mit Ausnahme von Österreich, hinter den anderen EURO-Ländern.

Im **Vereinigten Königreich** dürfte das BIP im laufenden Jahr um 3 ½ % wachsen und liegt somit über dem Wachstumstrend der letzten fünf Jahre. Im Zeitraum 2001 bis 2004 dürfte sich das durchschnittliche Jahreswachstum auf 2 ¾ % abschwächen. Diese Prognose basiert auf der Annahme, dass der Leitzinssatz in den nächsten fünf Jahren nicht wesentlich erhöht wird, das GBP gegenüber dem USD im Zeitraum etwas an Wert verliert und die Staatsausgaben um etwa 3 % im Jahresdurchschnitt wachsen werden.

Die Expansion wird im gesamten Beobachtungszeitraum von der Inlandsnachfrage und insbesondere vom Konsum der privaten Haushalte getragen. Die realen Exporte dürften sich im laufenden und im nächsten Jahr etwas langsamer als in den EU-Ländern entwickeln. Grund dafür ist die wechselkursbedingt geringere Wettbewerbsfähigkeit der britischen Industrie gegenüber den meisten EURO-Ländern. Durch die starke ausländische Konkurrenz ist die Preisentwicklung im Vereinigten Königreich stark unter Druck geraten. Um Aufträge aus dem Ausland zu erhalten, wurden die Preise für Exportgüter reduziert, sodass Unternehmen nur geringe Gewinnspannen erzielen können. Nachdem der Wechselkurs des GBP gegenüber den wichtigsten Handelswährungen in der Mitte des laufenden Jahres eine fallende Tendenz zeigt, dürften sich die Exportchancen der britischen Industrie in den nächsten Jahren wieder verbessern.

Es wird erwartet, dass die Verbraucherpreise im laufenden Jahr um 3 % ansteigen werden. In den kommenden Jahren dürfte die Inflationsgrenze, die von der BOE mit 2.5 % festgelegt wurde, weiterhin um etwa einen Prozentpunkt überschritten werden.

Die **Schweizer** Wirtschaft dürfte im laufenden Jahr um 2 ¾ % wachsen, nachdem das BIP in den letzten fünf Jahren um durchschnittlich nur 1.2 % wuchs. In den kommenden Jahren wird mit einer Wachstumsbeschleunigung von 2 ½ % gerechnet. Der Ausblick für den Gesamtwirtschaftsverlauf des Zeitraumes 2000 bis 2004 beruht auf den Annahmen einer strafferen Geldpolitik durch die Schweizerische Nationalbank. Nachdem der Leitzinssatz mit 1.3 % im Jahr 1999 einen Tiefststand

erreichte, wurde er aufgrund der verbesserten Wirtschaftsbedingungen im Jahr 2000 auf 2.8 % angehoben. Bis zum Jahre 2004 dürfte das Zinsniveau 4.5 % erreichen.

In der Schweiz werden die verbesserten Wirtschaftsbedingungen im laufenden Jahr von den Exporten getragen, aber auch der Konsum der privaten Haushalte nimmt kräftig zu. Stabil zeigen sich die Anlageinvestitionen, wobei ein Plus bei den Bauinvestitionen daraufhin deutet, dass die Erholung der Baukonjunktur weiterhin an Dynamik gewinnt.

Die Industrieproduktion dürfte im laufenden Jahr um 8 % zunehmen. Viele Unternehmen der Zulieferindustrie profitieren vom Exportboom in der EURO-Zone und von der Abwertung des Schweizer Frankens gegenüber dem USD. Auf Branchenebene werden die stärksten Produktivitätssteigerungen im Finanzsektor, in der chemischen Industrie und der Elektrotechnik spürbar. Doch auch die Nahrungsmittelindustrie und der Bereich Graphik/Druck können dank neuer Technologien die Effizienz in der Produktion oder im Vertrieb markant erhöhen. Nachdem die Erwerbstätigkeit der Schweizer Industrie wächst, wird auch erwartet, dass die offizielle Arbeitslosenrate im Jahr 2000 auf 2 % sinkt.

Die gute Wirtschaftslage wirkt sich auch positiv auf die Reallohnentwicklung aus. Entgegen dem Trend der vergangenen Jahre sieht die große Mehrheit aller Abschlüsse wieder generelle Lohnsteigerungen vor. Durch die verbesserten Einkommensbedingungen dürfte der Konsum der privaten Haushalte in den nächsten vier Jahren um durchschnittlich 3 % wachsen, verglichen mit 1.4 % in den vergangenen fünf Jahren.

USA

Das Wachstum der US-Wirtschaft bleibt weiterhin robust und dürfte im laufenden Jahr um 4 ¼ % wachsen. Frühindikatoren wie abnehmende Aufträge für langlebige Wirtschaftsgüter, rückläufige Bauzulassungen und Börsenkurse weisen jedoch auf eine Verlangsamung im nächsten Jahr hin. In den folgenden Jahren dürfte das Wirtschaftswachstum jährlich bei etwa 3 ½ % liegen. Angenommen wird dabei, dass die Zinsen im Zeitraum leicht angehoben werden und der USD etwas an Wert verliert. Durch den wachsenden Budgetüberschuss wird auch angenommen, dass sich das Wachstum der Staatsausgaben im Prognosezeitraum im Jahresdurchschnitt verdoppelt, von durchschnittlich 1.3 % im Zeitraum 1995 bis 1999 auf 2.4 % von 2000 bis 2004. Laut *Congressional Budget Office* (CBO) dürften die Steuereinnahmen im laufenden Jahr 232 Mrd. USD betragen, was einem Überschuss von 2.4 % des BIP entspricht. Dies ist die höchste Quote seit 1948.

Grund für die erwartete Wachstumsabschwächung ist das steigende Zinsniveau, das den Konsum bremsen sollte. Die Bautätigkeit im privaten Sektor ist bereits seit dem vergangenen Jahr rückläufig, was ein Zeichen dafür ist, dass die höheren Zinsen ihre Wirkung zeigen. Neben der kräftigen Inlandsnachfrage bringt die Zunahme des Welthandels hohe Steigerungsraten in der verarbeitenden Industrie. Die Industrieproduktion dürfte im laufenden Jahr um etwa 5 % wachsen. Die Kapazitätsauslastung erreicht den höchsten Stand seit 1998 und bedeutet, dass die US-Unternehmen

alle zur Verfügung stehenden Kapazitäten ausnützten, um der erhöhten Nachfrage nachzukommen. Die Lager sinken dadurch auf einen historischen Tiefststand.

Die Arbeitsmarktsituation verbessert sich weiterhin und die Arbeitslosenrate dürfte im laufenden Jahr zum ersten Mal seit 30 Jahren unter 4 % fallen. Im Dienstleistungssektor ist die Nachfrage nach Arbeitskräften am größten. Eine positive Entwicklung wird auch darin gesehen, dass nun auch soziale Randgruppen in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Durch die starke Nachfrage nach Arbeitskräften stiegen die Arbeitskosten im laufenden Jahr stark an. Diese Entwicklung und die Preissteigerung am Rohölmarkt lassen für das laufende Jahr eine Inflationsrate von 2.8 % erwarten. Im Mai des laufenden Jahres hob die Fed die kurzfristigen Zinsen um 0.5 Prozentpunkte auf 6.8 % an, den höchsten Stand seit 1991. Die Zinsanhebung wurde damit begründet, dass die hohe Nachfrage trotz der raschen Produktivitätssteigerung einen Engpass auf der Angebotsseite herbeiführen könnte und dadurch zusätzlicher Preisdruck entsteht. Im Zeitraum 2000 bis 2004 dürfte die durchschnittliche Preissteigerungsrate etwa 2.6 % betragen.

Japan

Die japanische Wirtschaft erholt sich langsam. Nachdem das japanische BIP 1999 um 0.3 % gewachsen ist, dürfte sich die Wachstumsrate im laufenden Jahr auf 1 ½ % beschleunigen. Im Zeitraum 2000 bis 2004 wird ein BIP-Wachstum von 1 ¼ % erwartet. Die Bedingungen für diese BIP-Prognose sind ein starker Yen vis-à-vis dem USD und ein bei Null liegender Leitzinssatz. Die Staatsausgaben dürften im Zeitraum jährlich um 1.3 % wachsen.

Das japanische Wirtschaftswachstum stützt sich auf eine rege Investitionstätigkeit. Geschäftserwartungen, Unternehmensgewinne und Ausgaben verbesserten sich aufgrund der auflebenden Auslandsnachfrage, des Booms im Bereich Informationstechnologie und durch Förderungsmaßnahmen der Regierung. Nach einer negativen Entwicklung in den vergangenen drei Jahren, dürfte die Investitionstätigkeit im laufenden und im nächsten Jahr jeweils um 4.5 % steigen. Die Industrieproduktion dürfte daher im laufenden Jahr um mehr als 5 % wachsen. Es wird auch damit gerechnet, dass trotz des starken Yen, die realen Exporte im laufenden Jahr um etwa 5 % wachsen werden, verglichen mit 1.8 % im Vorjahr.

Die Entwicklung des Konsums ist seit langem der Schwachpunkt der japanischen Wirtschaft. Das Land verfügt über die höchsten Spareinlagen der Welt. Wegen der wachsenden Unsicherheit am Arbeitsmarkt, den erwarteten Steuererhöhungen, die zur Sanierung des hohen Budgetdefizits erforderlich werden, und Kürzungen bei den Pensionen bleibt die Sparneigung in Japan besonders hoch. Der Konsum der privaten Haushalte, der auch in Japan 60 % des BIP ausmacht, dürfte im Jahresdurchschnitt nur um 0.6 % wachsen. In den nächsten Jahren ist mit keiner Änderung der Konsumneigung zu rechnen, da die Arbeitslosigkeit für japanische Verhältnisse noch immer sehr hoch ist. Die Arbeitslosenrate dürfte im laufenden Jahr auf 4.7 % sinken und in den nächsten Jahren nur leicht verbessern.

Osteuropa

Eine mittelfristige Prognose der Wirtschaftsentwicklung der osteuropäischen Länder ist angesichts der möglichen künftigen Änderungen der Wirtschaftspolitik, der strukturellen Veränderungen dieser Volkswirtschaften sowie einer Vielzahl weiterer Faktoren mit mehr Unsicherheit als bei den meisten OECD-Ländern verbunden. Wegen der verbesserten Wachstumsaussichten innerhalb der EU, in Russland und Asien, der Wiederherstellung der Transportinfrastruktur auf dem Balkan und der wirtschaftlichen Erholung in jenen Ländern, die Restrukturierungsprogramme erfolgreich implementiert haben, dürfte sich das Wachstum in den mittel- und osteuropäischen Ländern mittelfristig weiter beschleunigen.

Steigende Exporte infolge der wachsenden Importnachfrage in den Industrieländern und Direktinvestitionen insbesondere in den Ländern mit einem attraktiven Privatisierungsangebot dürften sich positiv auf das BIP-Wachstum der osteuropäischen Länder auswirken. Angetrieben von den Beitrittsverhandlungen mit der EU werden sich die Reformbestrebungen dieser Länder in den nächsten Jahren verstärken. Angesichts des Tempos der Vorbereitungen zum EU-Beitritt dürfte die Osterweiterung erst nach dem Jahr 2004 stattfinden.

Polens Wachstum bleibt mittelfristig trotz einer Abschwächung weiterhin beträchtlich. Das polnische BIP-Wachstum dürfte sich nach 5.7 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre auf 4 ¾ % zwischen 2000 und 2004 leicht verringern. Infolge des wachsenden inflationären Drucks und der schwachen Auslandsposition ist am Anfang der Prognoseperiode mit einer strafferen Geldpolitik zu rechnen. Die hohen ausländischen Direktinvestitionen erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit der polnischen Wirtschaft. Daher sind neben dem Zuwachs des privaten Konsums die Exporte die treibende Wachstumskraft.

Laut einer Prognose der Tschechischen Regierung sollte sich das Wachstum in **Tschechien** nach einer moderaten Entwicklung 2000 allmählich auf 3 % bis 4 % beschleunigen. Mittelfristig dürfte sich das durchschnittliche Wachstum der tschechischen Wirtschaft mit 3 ¼ % im Vergleich zum Niveau der Jahre 1995 bis 1999 (1.6 %) erhöhen. Angesichts der Empfehlungen der Europäischen Kommission dürften sich die strukturellen Reformen in den nächsten Jahren beschleunigen.

Die **Slowakei** hat in den letzten Jahren, nicht zuletzt infolge der Verschiebung der strukturellen Reformen, eine Wirtschaftsentwicklung mit hohen Wachstumsraten bewerkstelligt. Im Fünfjahres-Durchschnitt (1995-1999) ist die Wirtschaft der Slowakei um 5.3 % gewachsen und wies damit hinter Polen das zweithöchste Wachstum der Transformationsländer auf. Im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2004 dürfte sich die geplante Restrukturierung der inländischen Industrie in einer Verlangsamung des BIP-Wachstums auf 3 ½ % widerspiegeln.

Die wirtschaftliche Entwicklung **Ungarns** war in den letzten fünf Jahren durch ein moderates Auf und Ab gekennzeichnet. Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das ungarische BIP um 3.4 % gewachsen. Die stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik sowie die seit dem Anfang der Wirtschaftsreformen hohen ausländischen Direktinvestitionen stellen eine gute Grundlage für ein nachhaltiges

Wachstum dar. Im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2004 könnte das ungarische BIP-Wachstum dementsprechend $4\frac{3}{4}\%$ erreichen.

Für **Slowenien** erwartet das Institut für makroökonomische Analysen in Ljubljana (IMAD) ein durchschnittliches Wachstum von $4\frac{1}{4}\%$ für die Jahre 2000 bis 2004, womit sich der Wachstumstrend der letzten Jahre fortsetzt. Die Beschleunigung des Wachstums in der EU und die wiederhergestellten Handelsbeziehungen mit den Länder aus dem ehemaligen Jugoslawien dürften die Exporte begünstigen und zusammen mit der hohen Entwicklungsdynamik der Infrastrukturinvestitionen zum BIP-Wachstum beitragen.

Die Wirtschaftsentwicklung in **Rumänien** war in den letzten drei Jahren durch starke Rückgänge gekennzeichnet. Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das rumänische BIP um etwa 0.8 % zurückgegangen. Die rumänische Regierung erwartet, dass bereits heuer eine Trendumkehr erreicht wird. Mit Unterstützung durch die EU, den IWF und der Weltbank arbeitete die Regierung eine mittelfristige Entwicklungsstrategie aus, laut der im Durchschnitt der nächsten fünf Jahre ein Wachstum von $3\frac{3}{4}\%$ erreicht werden könnte. Das Wachstum dürfte von Exporten und Investitionen getragen werden. Eine Fortsetzung des von allen politischen Faktoren unterstützten Reformprogramms gilt als Voraussetzung für die Erreichung dieser hohen Wachstumsraten in den nächsten Jahren.

Bulgarien hat in den letzten Jahren erfolgreich die makroökonomische Entwicklung stabilisiert. Nach einem BIP-Rückgang von 1.7 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre rechnet die bulgarische Regierung für den Zeitraum 2000 bis 2004 mit einem durchschnittlichen Wachstum von $4\frac{1}{2}\%$. Diese dynamische Entwicklung dürfte von der Industrieproduktion – infolge der steigenden Exporte und der Vollendung des Restrukturierungsprogramms der Regierung – angetrieben werden. Das im Jahr 1997 eingeführten „Currency Board“ stellt einen Anker für die makroökonomische Stabilität des Landes dar.

In **Russland** wurde in den letzten fünf Jahren ein durchschnittlicher Rückgang des BIP von 1.6 % verzeichnet. Nach der Trendumkehr im Jahr 1999 dürfte sich die Erholung der russischen Wirtschaft weiter fortsetzen. Jedoch wird das durchschnittliche Wachstum der russischen Wirtschaft zwischen 2000 und 2004 mit 3 % moderat bleiben. Die strukturellen Probleme der russischen Wirtschaft und ein allmählicher Rückgang der Ölpreise können das Wachstum negativ beeinflussen. Andererseits dürften sich die Beschleunigung des Reformtempo und der erwartete Rückgang der Kapitalflucht positiv auf das BIP-Wachstum auswirken.

Internationale Rahmenbedingungen

Durchschnittliches Jahreswachstum im Zeitraum in Prozent

	1995-1999	2000-2004
Welthandel, nom. (NIESR, April 2000)	7.3	8½
Welthandel, real (LINK, Frühjahr 2000)		9½
BIP, real		
Bundesrepublik Deutschland	1.5	2½
Italien	1.8	2¼
Frankreich	2.2	2¾
Vereinigtes Königreich	2.6	2¾
Schweiz	1.2	2½
Polen	5.7	4¾
Slowakei	5.3	3½
Tschechien	1.6	3¼
Ungarn	3.4	4¾
Slowenien	4.2	4½
Bulgarien	-1.7	4½
Rumänien	-0.8	3¾
Russland	-1.6	3
USA	3.8	3½
Japan	1.2	1¾
EU	2.3	2¾
OECD – Insgesamt	2.9	3
Österreichische Exportmärkte	8.0	7¾
ATS/USD Wechselkurs*)	11.6	13½
Rohölpreise*)**)	17.8	27

Quelle: IMF, OECD, UN, NIESR, nationale Statistiken, eigene Schätzungen.

*) absolute Werte

***) USD/barrel

3. Die österreichische Außenwirtschaft

Nach einer schwachen Entwicklung im vergangenen Jahr nimmt im laufenden Jahr die ausländische Nachfrage nach österreichischen Gütern und Dienstleistungen stark zu. Das reale Wachstum der österreichischen Exportmärkte dürfte heuer einen Höchststand erreichen. Mittelfristig wird ein Wachstum von 7.8 % erwartet. Diese Entwicklung ist bedingt durch die erwartete Abschwächung der Konjunktur in Nordamerika und das steigende Zinsniveau in den Industrieländern. Darüber hinaus dürfte der Wertgewinn des EURO gegenüber dem USD die Exportchancen der europäischen Wirtschaft nach Übersee etwas mindern.

Die **realen Exporte i.w.S. laut VGR** wuchsen im Jahre 1999 um 3.5 %. Im Jahr 2000 wird sich das Wachstum dieses Aggregates deutlich auf 9.4 % beschleunigen und in den folgenden Jahren dürfte das durchschnittliche Jahreswachstum 6.2 % betragen. Besonders stark steigen im laufenden Jahr die **realen Warenexporte** mit 13.5 %, die sonstigen Dienstleistungsexporte wachsen real um 2.9 %.

Das Wachstum der **realen Reiseverkehrsexporte** betrug 1.9 % im Jahre 1999, für das Jahr 2000 wird mit einer Zunahme von 2.0 % gerechnet. Der schwache EURO und steigende Treibstoffpreise dürften Fernreisen im laufenden Jahr verteuern und Österreich als Reiseziel wieder attraktiver machen. Darüber hinaus bringt die verbesserte Wirtschaftslage der Nachbarländer positivere Ergebnisse im Reiseverkehr. In den nächsten Jahren ist mit realen Einnahmensteigerungen aus dem Reiseverkehr von durchschnittlich 2.5 % zu rechnen.

Im Einklang mit der guten Wirtschaftsentwicklung beschleunigt sich im laufenden Jahr das Wachstum der **realen Importe i.w.S. laut VGR** von 1.9 % auf 7.6 %. Im Jahr 2001 sollten die realen Importe i.w.S. um weitere 5.4 % wachsen. Im Zeitraum 2002 bis 2004 wird ein durchschnittliches Jahreswachstum von 5.3 % erwartet.

Die realen Warenimporte wuchsen im Jahre 1999 um 4.3 %. Im laufenden und nächsten Jahr wird ein Anstieg von 9.0 % und 6.8 % erwartet. Die Zunahme der Wachstumsraten stützt sich auf eine belebtere Konsumnachfrage und Investitionsdynamik. Wie bei den Warenexporten ist auch bei den Importen Deutschland der wichtigste Handelspartner Österreichs. Hohe Wachstumsraten werden bei den österreichischen Warenimporten aus Ungarn, Tschechien und Polen verzeichnet. In den Jahren 2002 bis 2004 dürfte das durchschnittliche Jahreswachstum der gesamten Warenimporte 6.4 % betragen.

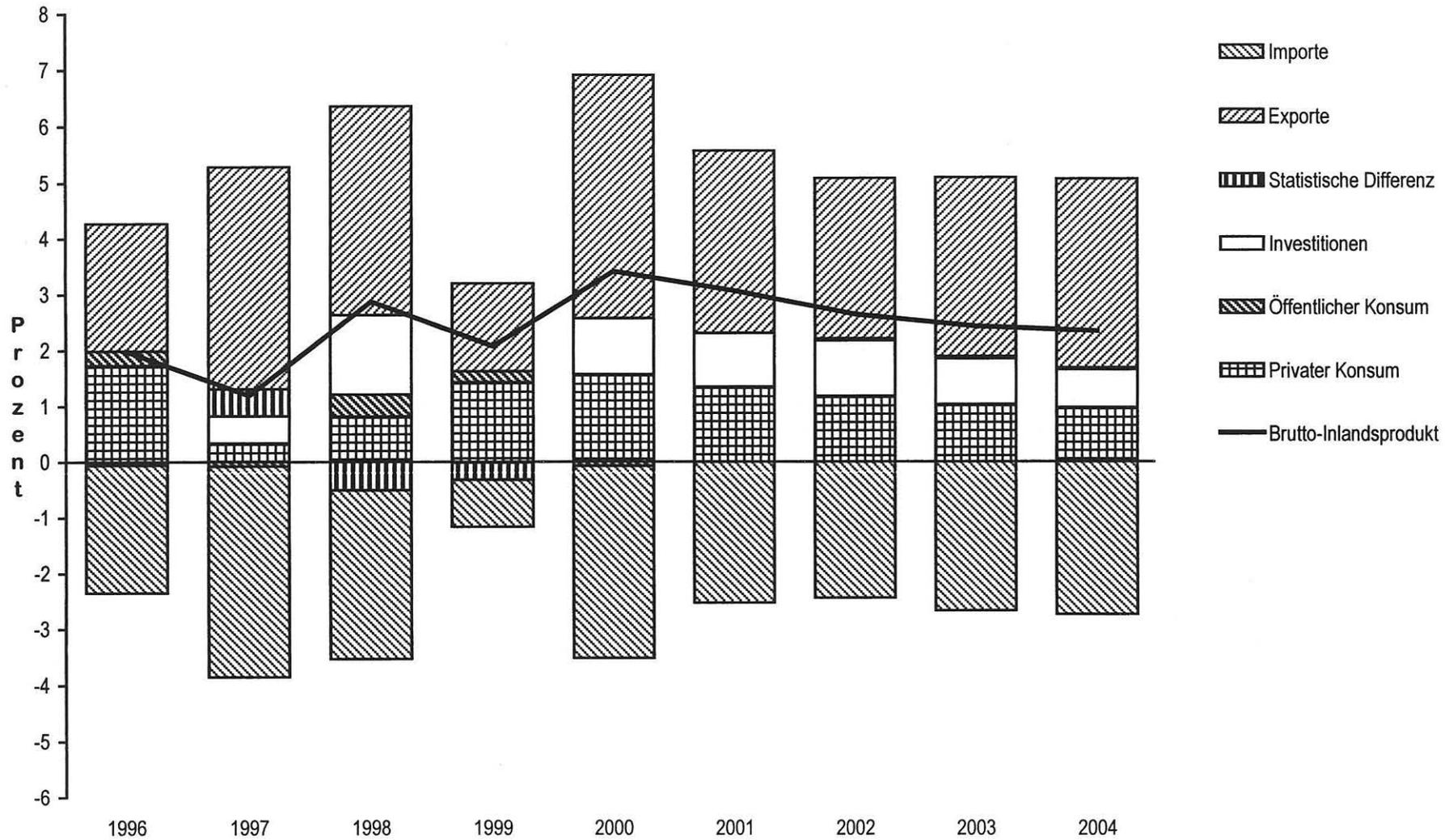
Nach Einbrüchen in den Jahren 1998 (-7.1 %) und 1999 (-2.3 %) dürften die **realen Reiseverkehrsimporte** im laufenden Jahr um 0.5 % ansteigen und im Jahr 2001 mit 1.0 % etwas stärker wachsen. In den folgenden Jahren wird mit einem durchschnittlichen Anstieg von 1.3 % gerechnet. Da die Reiseverkehrsimporte unter dem Niveau der Reiseverkehrsexporte liegen, dürfte der Überschuss der realen Reiseverkehrsbilanz im laufenden Jahr 26 Mrd. ATS betragen und sich bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 36 Mrd. ATS erhöhen.

Die **Exportpreise** wuchsen 1999 um 0.5 %. Im Prognosezeitraum wird eine Steigerungsrate von durchschnittlich 1.2 % erwartet. Die hohen Rohölpreise und der schwache EURO tragen am Anfang des laufenden Jahres bedeutend zur Erhöhung der **Importpreise** bei. Von 1.6 % im Jahre 1999 dürften sie im laufenden Jahr um 2.4 % wachsen. Für den gesamten Prognosezeitraum wird eine Steigerung von 1.4 % erwartet. Es ist daher mit einer Verschlechterung der Terms-of-Trade im Warenhandel zu rechnen.

Die **Preise für die Reiseverkehrsexporte** sind 1999 um nur 0.7 % gestiegen, sie werden jedoch im laufenden und kommenden Jahr etwas stärker wachsen und zwar um 1.5 % und 1.3 %. Für den gesamten Prognosezeitraum wird eine Steigerung von 1.4 % erwartet. Bei den Reiseverkehrsimporten gab es 1999 Preissteigerungen um 2.6 %. Im Jahr 2000 dürfte die Teuerung auf 2 % zurückgehen und im mittelfristigen Durchschnitt 1.7 % betragen.

Im Jahre 1999 vergrößerte sich das Leistungsbilanzdefizit zu laufenden Preisen um 14 Mrd. ATS auf 75 Mrd. ATS. Diese Verschlechterung der Leistungsbilanz ist vollständig auf die Passivierung des Saldos der sonstigen Positionen um 15 Mrd. ATS zurückzuführen. Im Jahr 2000 dürfte das Leistungsbilanzdefizit um 13.5 Mrd. ATS auf 61 Mrd. schrumpfen. Aufgrund der positiven Entwicklung im Bereich der Handelsbilanz und im Reiseverkehr wird das Leistungsbilanzdefizit bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 31.3 Mrd. ATS zurückgehen, aber damit immer noch 1 % des BIP betragen.

Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Das Nachfrageverhalten der privaten Haushalte wird im allgemeinen durch die Realeinkommensentwicklung bestimmt. Kurzfristige Einkommensschwankungen spiegeln sich nicht zur Gänze im privaten Konsum wider, sondern werden durch ein Anpassen der Sparquote ausgeglichen.

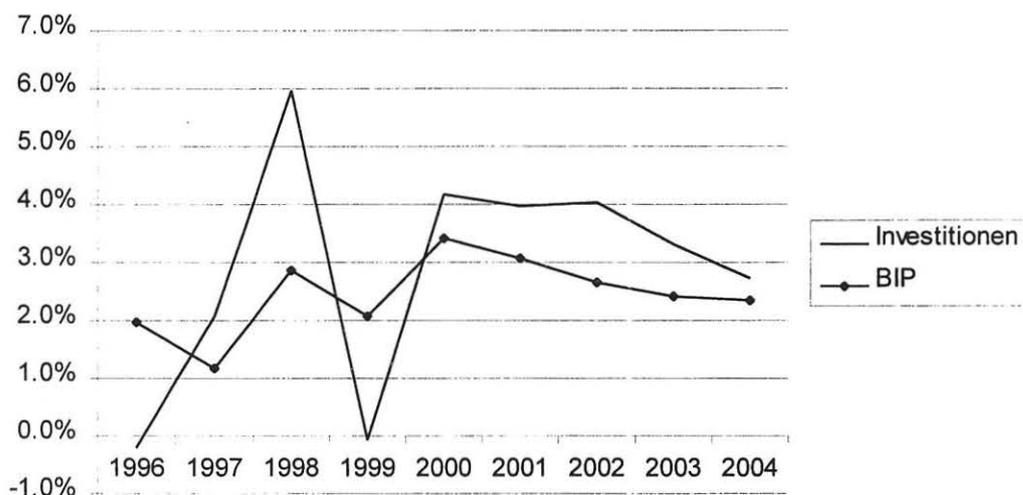
Aufgrund der Umstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung fehlen momentan leider Informationen über wichtige Aggregate wie das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte. Daher ist auch die Sparquote der Haushalte nicht berechenbar. Weiters fehlen Angaben über die Konsumausgaben für Verbrauchskategorien wie dauerhafte Güter, nicht dauerhafte Güter und Dienstleistungen. Die Prognose ist daher derzeit auf die Analyse laufender Tendenzen angewiesen.

Zieht man als Näherung für die Einkommensentwicklung das Netto Nationaleinkommen heran und berücksichtigt zusätzlich die positiven Einflüsse der Steuerreform und der Ausweitung familienpolitischer Leistungen im Jahr 2000 auf das verfügbare Einkommen, so lässt sich ein Konsumszenario erstellen. Dabei finden wir nach einer starken Wachstumsbeschleunigung am Beginn der Prognoseperiode auf etwa 3 % ein allmähliches Abklingen der Wachstumsraten auf rund 2 %. Im Durchschnitt betragen die jährlichen Wachstumsraten 2.3 %, was verglichen mit der zweiten Hälfte der Neunziger Jahre ein solides Wachstum mit einer Ausweitung um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt darstellt. Die unterstellte Entwicklung der Sparquote beinhaltet einen anfänglichen Anstieg und danach einen Rückgang, wodurch der starke Einkommenszuwachs im Jahr 2000 ausgeglichen wird. Gegen Ende der Prognoseperiode nähert sich die Sparquote dem langjährigen Gleichgewichtswert an.

Die **realen Bruttoanlageinvestitionen** insgesamt sind das im Konjunkturverlauf am stärksten schwankende Teilaggregat der Nachfrageseite der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Die Abbildung zeigt die Wachstumsraten der realen Bruttoanlageinvestitionen (IF) und des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP) ab dem Jahr 1996 bis zum Ende des Prognosezeitraumes. Aus der Abbildung ist ersichtlich, dass die Investitionen in den Hochkonjunkturjahren 2000 bis 2002 einen wesentlichen Beitrag zum Wachstum liefern werden. Die durchschnittliche Wachstumsrate der realen Bruttoanlageinvestitionen wird 3.6 % betragen.

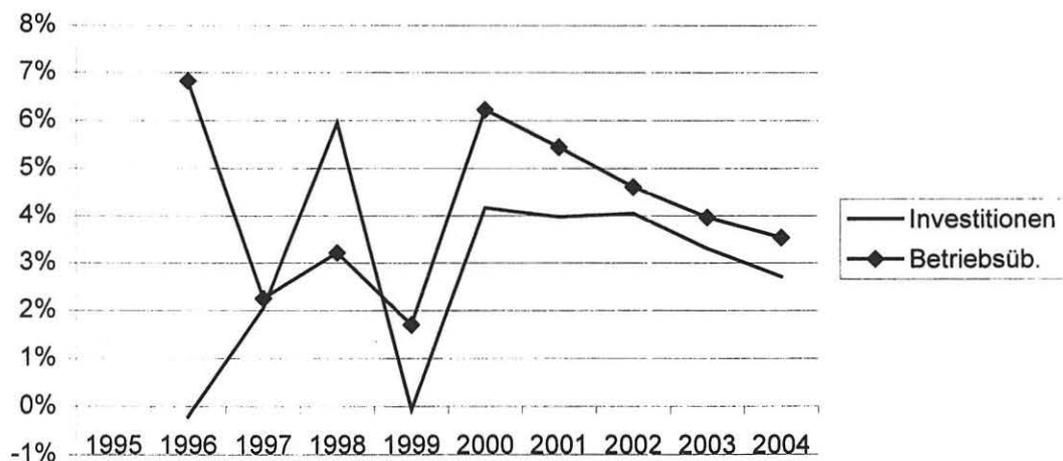
Die erwarteten Spitzenwerte der Wachstumsraten der realen Bruttoanlageinvestitionen werden im Prognosezeitraum unter jenen früherer Konjunkturhochs zu liegen kommen. Für das Jahr 1998 ist dieser Vergleich in der untenstehenden Abbildung gegeben, für frühere Jahre unterbleibt die Darstellung an dieser Stelle, da sich die Definition der Investitionsgrößen mit der Umstellung auf das neue System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 1995) geändert hat, und Werte nach neuer Definition erst bis 1995 zurückberechnet wurden. Durch die ab 2000 anhaltend höheren Wachstumsraten der Investitionen verglichen mit jenen der gesamten Wirtschaft wird auch die Investitionsquote wachsen und gegen Ende des Prognosezeitraums wieder 25 % übersteigen.

Wachstumsraten der realen Bruttoanlageinvestitionen und des realen Bruttoinlandsproduktes



Die wesentlichen Bestimmungsgründe für das Investitionsverhalten sind die Erwartungen bezüglich der Profitabilität der geplanten Investitionen und der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Als Indikator für die zu erwartenden Gewinne können die Bruttobetriebsüberschüsse herangezogen werden, für deren Wachstumsrate ein langsames Abflachen ab 2001 erwartet wird. Aus diesem Blickwinkel ergibt sich analog zur Entwicklung der Betriebsüberschüsse auch ein langsames Abflachen des kräftigen Investitionswachstums.

Wachstumsraten von Betriebsüberschuss und Bruttoanlageinvestitionen



Das höchste Wachstum der **realen Ausrüstungsinvestitionen** dürfte bereits im Jahr 2000 mit 8 % erreicht werden, und sukzessive auf 4.0 % im Jahr 2004 abflachen. Damit werden die Ausrüstungsinvestitionen über den gesamten Prognosezeitraum mit durchschnittlich 6.4 % ein kräftiges Wachstum erleben. Weniger dynamisch entwickeln sich die **realen Bauinvestitionen**. Die Prognose ergibt ein durchschnittliches Wachstum dieses Aggregates von 1.4 %. Dieser Prognose liegt die Erwartung zu Grunde, dass weder vom Wohnungsbau noch von der öffentlichen Hand starke Nachfrageimpulse ausgehen werden. Die weitere Konsolidierung der Ausgaben der öffentlichen Hand wirkt sich im gesamten Prognosezeitraum dämpfend auf die Baukonjunktur aus.

Die Lage der **öffentlichen Haushalte** ist im Prognosezeitraum durch die von der neuen Bundesregierung eingeleiteten Konsolidierungsbemühungen bestimmt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist die Abschätzung der mittelfristigen Entwicklung der öffentlichen Haushalte mit großen Unsicherheiten verbunden. Das Institut geht davon aus, dass die Konsolidierung primär auf der Ausgabenseite erfolgt. Der Prognose wird das Ende Juni vorliegende österreichische Stabilitätsprogramm zugrunde gelegt. In diesem Stabilitätsprogramm der Bundesregierung sind für das laufende und das kommende Jahr Nettodefizitquoten des Gesamtstaates von 1.7 beziehungsweise 1.5 % vorgesehen. Bis zum Ende der Legislaturperiode wird eine weitere Absenkung auf 1.3 % angepeilt. Längerfristig wird ein ausgeglichener Haushalt angestrebt.

Das mittelfristig in Aussicht genommene Ziel von etwa 1.3 % kann nicht als sonderlich ehrgeizig bezeichnet werden. Will man automatische Stabilisatoren bei Konjunkturerinbrüchen wirken lassen, ohne dass die Nettodefizitquote den durch den Maastricht-Vertrag vorgegebenen Referenzwert von 3 % überschreitet, sollte das Defizit bei konjunkturellen Normallagen nur 1 bis 1 ½ % des Bruttoinlandsprodukts betragen.

Auch im westeuropäischen Kontext nimmt sich die Zielsetzung eher bescheiden aus: In der EURO-Zone ist die Defizitquote 1999 auf 1.2 % gefallen, für die Europäische Union betrug sie sogar nur 0.7 %. Sieben Mitgliedsstaaten (Dänemark, Irland, Luxemburg, die Niederlande, Finnland, Schweden und Großbritannien) verzeichneten im Jahr 1999 Budgetüberschüsse; Österreich wies 1999, gemeinsam mit Portugal, mit etwa 2 % überhaupt die höchste Defizitquote innerhalb der Europäischen Union auf.

Das im Budgetprogramm 2000-2003 vom Juli 2000 angekündigte Budgetziel einer Rückführung des Defizits auf 1.3 % im Jahr 2001 bzw. auf Null in den Folgejahren ist daher eindeutig zu begrüßen. Da die zur Erreichung dieses Budgetziels notwendigen Maßnahmen im Budgetprogramm nicht explizit aufgeführt sind, konnte dieses Budgetprogramm in der vorliegenden Prognose nicht berücksichtigt werden. Die vorgegebenen Zielsetzungen werden nur bei hinreichender Ausgabendisziplin sämtlicher Gebietskörperschaften zu realisieren sein. Dementsprechend wird die Ausgabendynamik der öffentlichen Haushalte wohl weiterhin verhalten bleiben müssen. Der reale öffentliche Konsum wird, nachdem er im Vorjahr noch um ein Prozent zugelegt hat, heuer um fast einen halben Prozentpunkt zurückgehen und im restlichen Prognosezeitraum stagnieren. Gestützt werden die Konsolidierungsbemühungen von der günstigen Konjunktur. Der dadurch gegebene Spielraum sollte nun für die notwendigen Strukturreformen genutzt werden.

Mittelfristig freilich wird die Budgetpolitik um strukturelle Weichenstellungen auf der Ausgabenseite nicht herumkommen. Kern muss eine Organisations- und Finanzierungsreform der öffentlichen Verwaltung sein mit dem Ziel, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine effizientere Ressourcenverwendung gewährleisten.

Die Diskussion einer Organisations- und Finanzierungsreform des öffentlichen Sektors in Österreich wird auch nicht haltmachen können vor der gegenwärtig nicht voll befriedigenden Regelung der Beziehung der Gebietskörperschaften untereinander. Hier ist die anstehende Neuverhandlung des Finanzausgleichs angesprochen. Einer weitgehend dezentralen Aufgaben- und Ausgabenverantwortung steht in der gegenwärtigen österreichischen Finanzverfassung eine sehr zentralistische Einnahmenstruktur gegenüber; die politische Verantwortung für die Steuerpolitik einerseits und für die Ausgabenentscheidungen andererseits fällt auseinander. Damit ist insbesondere die Situation der Bundesländer angesprochen. Dies ist keine gute Voraussetzung für einen effizienten und sparsamen Mitteleinsatz. Die Effizienz der Rahmenbedingungen wird weiter verringert durch direkte Kostenübernahmen des Bundes, etwa insbesondere die fast vollständige Übernahme der Besoldungskosten für die Landeslehrer und Zweckbindungen, wie etwa die Bundeszuschüsse für die Wohnbauförderung. Künftige Neuregelungen des Finanzausgleichs sollten sich daher an der Überlegung orientieren, die Länder stärker mit einer eigenen Steuerbasis auszustatten und Kostenübernahmen und Zweckbindungen abzubauen. Ziel einer derartigen Reform wäre, die fiskalische Verantwortung aller öffentlichen Haushalte für die von ihnen erbrachten Leistungen klarzustellen.

Schließlich sind diverse Ausgabenprogramme auch aus sozialpolitischer Hinsicht zu hinterfragen. So etwa kann das gegenwärtige System der Wohnbauförderung den an dieses System zu stellenden verteilungspolitischen Anforderungen nicht gerecht werden. Eine Reform, welche anstelle der gegenwärtigen Objektförderung eine Subjektförderung treten lässt, könnte dem Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit stärker gerecht werden und obendrein in nicht unerheblichem Umfang Mittel freisetzen, die auch zu einer Senkung der Lohnnebenkosten herangezogen werden könnten.

Entscheidender Weichenstellungen bedarf es im Bereich der Pensionsversicherung. Vorderhand haben die beiden von der Bundesregierung eingesetzten Pensionsreformkommissionen ihre erste Aufgabe erfüllt, kurzfristig Maßnahmen zu erarbeiten, welche das von der Bundesregierung ad hoc vorgegebene Ziel realisieren, bis zum Jahr 2003 15 Mrd. ATS einzusparen. Längerfristig freilich müssten die bereits in Aussicht genommenen tiefgehenden Strukturreformen in Angriff genommen werden, die auf eine Stärkung des Versicherungsprinzips hinauslaufen beziehungsweise darauf, die davon abweichenden, „versicherungsfremden“ Leistungen – wo immer Gerechtigkeits- und Umverteilungsüberlegungen solche erforderlich erscheinen lassen – im Wege einer Sonderfinanzierung zu erbringen.

Die Lohnprognose geht davon aus, dass die Lohnverhandlungen den bewährten sozialpartnerschaftlichen Mustern auch in Zukunft folgen. Es wird angenommen, dass die Lohnpolitik weiterhin beschäftigungsfreundlich gestaltet wird und die internationale Wettbewerbsposition Österreichs sichert. Die gesamtwirtschaftlichen Zuwächse der Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten werden im Durchschnitt des Prognosezeitraums nominell 2.8 % betragen und damit rund ¼ Prozentpunkte

über dem durchschnittlichen Zuwachs der vergangenen vier Jahre liegen. Nach einem verhaltenen Anstieg der Reallöhne im Jahr 2000 von rund ½ Prozent, beschleunigt sich das reale Lohnwachstum bis auf 1 ½ % gegen Ende des Prognosezeitraums und liegt damit ½ Prozentpunkt unter der Produktivität.

Das vorliegende Szenario rechnet wie schon in der letzten mittelfristigen Prognose mit einer anhaltend ruhigen **Preisentwicklung** in Österreich. Nach dem historischen Tiefstand der Inflationsrate 1999 mit 0.6 % hat sich insbesondere aufgrund der stark gestiegenen Energiepreise der Preisauftrieb zu Beginn des Prognosezeitraums deutlich beschleunigt, wozu auch die Anhebung bei den öffentlichen Gebühren und Tarifen beigetragen hat. Über den gesamten Prognosehorizont hinweg werden die Verbraucherpreissteigerungen im Durchschnitt 1.6 % betragen. Die Prognose geht davon aus, dass die Energiepreise nicht weiter steigen, der EURO sich leicht erholt und die Geldpolitik der EZB auf Preisstabilität ausgerichtet ist. Der internationale Wettbewerbsdruck, weitere Deregulierungen, etwa im Energiesektor, und die verhaltene Entwicklung der Lohnstückkosten dämpfen den Preisauftrieb.

Die Arbeitsmarktvorschau zeichnet ein erfreuliches Bild der Arbeitsmarktentwicklung. Die positive konjunkturelle Entwicklung schlägt sich in steigender Beschäftigung und fallender Arbeitslosigkeit nieder. Der Durchschnittsbestand der Aktiv-Beschäftigten wird bis 2004 um 118.000 Personen zunehmen. Die Beschäftigungsintensität des Wachstums liegt damit deutlich über der in den 1990er Jahren. Getragen wird die Beschäftigungsausweitung vom Dienstleistungssektor und auch die Teilzeitbeschäftigung wird weiter steigen.

Der nationale Aktionsplan hat in Verein mit der guten Konjunktorentwicklung zu einer deutlichen Reduktion der Arbeitslosigkeit im Jahr 2000 geführt. Die positive Entwicklung wird sich im restlichen Prognosezeitraum fortsetzen. Die Arbeitslosigkeit ist über den gesamten Prognosezeitraum hinweg rückläufig, wobei die **Arbeitslosenrate** nach nationaler Definition im Jahr 2004 unter die 5-Prozentmarke fallen wird. Im Durchschnitt wird die Arbeitslosenrate 5.4 % betragen und damit um 1 ½ Prozentpunkte geringer sein als noch im Durchschnitt der letzten vier Jahre. Die Arbeitslosenrate nach EUROSTAT-Berechnungsmethode wird knapp über 3 % liegen.

Österreich wird bereits 2001 die Ziele des nationalen Aktionsplans erfüllen. Allerdings darf nicht vergessen werden, dass die Konjunktur dazu einen wesentlichen Beitrag leistet. Letztlich bestehen weiterhin wichtige Aufgabenbereiche für die aktive Arbeitsmarktpolitik. Der Bestand an Langzeitarbeitslosen konnte zwar im Vorjahr deutlich rückgeführt werden, eine verstärkte Fokussierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf Beschäftigungsaufnahmen im regulären Arbeitsmarkt erscheint angebracht. Die notwendige Erhöhung des tatsächlichen Pensionsantrittsalters und die demographische Entwicklung erfordern Anstrengungen zur Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit von älteren Arbeitnehmern. Notwendig für eine Erhöhung der Beschäftigungsquote erscheinen arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die auf eine verstärkte Integration der weiblichen Bevölkerung in den Arbeitsmarkt abzielen. Der Strukturwandel und die zunehmenden Qualifikationsanforderungen des modernen Arbeitsmarktes lassen die Entwicklung von Strategien zur Förderung des lebenslangen Lernens angeraten erscheinen. Weitere Aktivitäten zur Erleichterung, Beschleunigung aber auch

sozialverträglichen Gestaltung von Reallokationsprozessen am Arbeitsmarkt sind wünschenswert. Hingegen sind Maßnahmen, die auf eine bloße Verringerung des Arbeitsangebots abstellen, als langfristig nicht zielführend zu werten.

5. Monetäre Prognose

In der letztjährigen mittelfristigen Prognose wird angeführt, dass „mit der Einführung des Euro ein in seinen wesentlichen Eigenschaften bipolares Währungssystem mit dem USD und dem Euro als internationalen Ankerwährungen geschaffen“ wird. Und weiter: „In einem solchen bipolaren System vermögen leichte Verschiebungen der Attraktivität des einen Poles relativ zu der des anderen Poles massive Fluktuationen am Devisenmarkt hervorzurufen.“ Treffender hätte die in der Zwischenzeit Realität gewordene Dynamik des EURO/USD-Wechselkurses wohl kaum avisiert werden können, allerdings übertraf sie in ihrem Ausmaß – seit seiner Einführung verlor der EURO mehr als ein Viertel, in der Spitze sogar ein knappes Drittel seines Außenwertes – unsere Erwartungen.

Die auch weiterhin zu erwartenden, beträchtlichen Schwankungen der EURO/USD-Parität bedingen nicht unerhebliche realwirtschaftliche Nachteile durch Allokationsverzerrungen, etwa in Form von Kurssicherungskosten, Risikoprämien und Fehlanreizen bei Investitionsvorhaben. Der durch den Kursverfall des EURO induzierte Exportboom birgt darüber hinaus das Risiko eines süßen Giftes, welches kurzfristig strukturelle Schwächen zu überdecken vermag, die aber – blieben sie unbehandelt – bei einer gegenläufigen Wechselkursentwicklung nur umso schmerzlicher spürbar würden. Vor diesem Hintergrund ist die europäische Währungspolitik aufgerufen, stärker als bisher eine wechselkursstabilisierende Rolle wahrzunehmen.

Die Zielsetzung, solchen Marktkräften entgegenzuwirken, welche die Euro-Dollar-Parität deutlich von den Fundamentaldaten fortdriften lassen, impliziert allerdings nicht ein System der Wechselkurszielzonen. Bei dieser Form des Währungsmanagements müsste die EZB zur Verteidigung von Wechselkurszielzonen auf die Zinspolitik zurückgreifen, deren Rolle als wichtigstes Instrument der Geldmengensteuerung damit beeinträchtigt werden könnte. Faktische (sterilisierte) Interventionen erscheinen vielmehr als ein geeignetes Mittel, eine Trendumkehr bei Wechselkurs-Overshootings zu bewirken, ebenso wie Verbalinterventionen, bei denen allerdings Verbesserungen im Sinne einer Verringerung der Vielstimmigkeit wünschenswert erscheinen. Vordringlich für eine Stärkung des EURO-Außenwertes ist aber, wie mit dem fundamentalen IHS/RZB-Wechselkursmodell durchgeführte Analysen zeigen, die nachhaltige Überwindung der europäischen Wachstumsschwäche. So gesehen meint Wechselkurspolitik zur Zeit eher Strukturpolitik denn Geldpolitik.

Im Vergleich zum letzten Fünfjahreszeitraum ist eine bemerkenswerte Verflachung der Zinsstrukturkurve festzustellen. Dies ist fast ausschließlich auf die im Prognosezeitraum höheren kurzfristigen Zinsen zurückzuführen, während die langfristigen Zinsen weitestgehend auf ihrem Niveau verharren. Letzteres ist Ausdruck der Erwartung, dass durch entschlossenes Eingreifen der Notenbanken diesseits und jenseits des Atlantiks eine Beschleunigung der durchschnittlichen Inflation über die Zwei-Prozentmarke hinaus verhindert werden kann. Die Stabilität der langfristigen Nominal-

und Realzinsen ist aber auch deshalb bemerkenswert, weil das BIP-Wachstum im Prognosezeitraum um einen drei viertel Prozentpunkte höher geschätzt wird als in der zurückliegenden Fünfjahresperiode, was grundsätzlich eine höhere Kapitalnachfrage und somit höhere Realzinsen nach sich ziehen sollte. Gegenläufig wirken jedoch die ambitionierten Konsolidierungsanstrengungen im Bereich der öffentlichen Haushalte. Das Institut schätzt den inzwischen erreichten, renditesenkenden Effekt der restriktiven Fiskalpolitik bei Euro-Benchmark-Anleihen mit zehnjähriger Restlaufzeit auf rund 0.5 Prozentpunkte pro Jahr.

Die kurzfristigen Zinsen werden in den kommenden Jahren hingegen um rund eineinhalb Prozentpunkte über dem Niveau der vergleichbaren Vorperiode liegen. Dies ist nicht nur auf die deutlich beschleunigte Konjunktorentwicklung zurückzuführen, sondern hat seine Ursache auch in strukturellen Veränderungen auf den Finanzmärkten, die in den USA schon seit einigen Jahren zu beobachten sind und zunehmend auch in Europa greifen. Zu nennen ist insbesondere die zunehmende Bedeutung der Eigenkapitalfinanzierung zu Lasten einer Fremdkapitalaufnahme. Damit wird der Zusammenhang zwischen Zinspolitik, Finanzierungs- und Investitionsgeschehen und mithin auch der gesamtwirtschaftlichen Dynamik tendenziell geringer, sodass zur Erreichung einer äquivalent restriktiven Wirkung stärkere geldpolitische Interventionen erforderlich sein könnten als zuvor.

TAB. 1/1 : INDIKATOREN DER OESTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
GDP	BIP ZU MARKTPREISEN REAL	2375.170	2422.225 2.0%	2451.015 1.2%	2521.507 2.9%	2573.818 2.1%	2661.718 3.4%	2743.348 3.1%	2815.807 2.6%	2884.078 2.4%	2951.561 2.3%
GDP\$	BIP ZU MARKTPREISEN NOM.	2375.170	2453.241 3.3%	2522.220 2.8%	2610.878 3.5%	2688.723 3.0%	2808.461 4.5%	2933.175 4.4%	3053.164 4.1%	3167.190 3.7%	3278.989 3.5%
PGDP	DEFLATOR DES BIP	100.000	101.280 1.3%	102.905 1.6%	103.544 0.6%	104.464 0.9%	105.513 1.0%	106.920 1.3%	108.429 1.4%	109.816 1.3%	111.093 1.2%
PLC	VERBRAUCHERPREISINDEX	350.184	356.686 1.9%	361.367 1.3%	364.696 0.9%	366.747 0.6%	373.348 1.8%	379.695 1.7%	385.391 1.5%	390.786 1.4%	396.648 1.5%
YWGLEA	ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHAEFTIGTEN	43.017	43.675 1.5%	44.147 1.1%	45.550 3.2%	46.769 2.7%	47.798 2.2%	49.184 2.9%	50.630 2.9%	52.199 3.1%	53.817 3.1%
LEA	UNSELBSTAENDIG AKTIV- BESCHAEFTIGTE IN 1000	2972.259	2955.750 -0.6%	2968.506 0.4%	2998.307 1.0%	3035.535 1.2%	3074.997 1.3%	3106.977 1.0%	3131.833 0.8%	3144.360 0.4%	3153.793 0.3%
UR	ARBEITSLOSENRATE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	6.569	7.032 0.464	7.095 0.063	7.174 0.079	6.660 -0.515	6.022 -0.638	5.752 -0.269	5.333 -0.419	5.193 -0.141	4.851 -0.342
BPC	LEISTUNGSBILANZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-54.022	-50.760 3.262	-64.151 -13.391	-59.748 4.403	-74.558 -14.810	-61.059 13.499	-50.562 10.498	-45.344 5.218	-39.332 6.012	-31.265 8.066

TAB. 1/2 : WACHSTUMSBEITRAEGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Var1	PRIVATER KONSUM		1.726	0.331	0.817	1.425	1.566	1.343	1.176	1.027	0.969
Var2	EIGENKONSUM NON-PROFIT		0.063	-0.248	0.050	0.050	0.026	0.026	0.009	0.008	0.008
Var3	OEFFENTLICHER KONSUM		0.260	-0.082	0.391	0.199	-0.078	0.000	0.000	0.000	0.000
Var4	INVESTITIONEN		-0.052	0.488	1.424	-0.016	1.005	0.964	0.992	0.822	0.680
Var5	AUSRUESTUNGEN		-0.271	0.718	0.862	-0.149	0.833	0.816	0.794	0.627	0.487
Var6	BAUTEN		0.219	-0.230	0.561	0.133	0.171	0.147	0.197	0.195	0.193
Var7	STATISTISCHE DIFFERENZ		-0.012	0.485	-0.508	-0.308	0.000	0.000	0.036	0.036	0.035
Var8	EXPORTE I.W.S.		2.286	3.990	3.728	1.575	4.340	3.271	2.877	3.210	3.388
Var9	WAREN		1.112	4.089	2.363	1.788	4.248	2.935	2.363	2.716	2.882
Var10	DIENSTLEISTUNGEN		0.460	0.357	0.687	0.123	0.279	0.320	0.423	0.403	0.414
Var11	IMPORTE I.W.S.		-2.290	-3.775	-3.025	-0.851	-3.444	-2.537	-2.448	-2.678	-2.740
Var12	WAREN		-1.153	-2.666	-2.237	-1.355	-2.885	-2.297	-2.135	-2.352	-2.446
Var13	DIENSTLEISTUNGEN		-0.716	-0.078	-0.107	0.274	-0.117	-0.125	-0.176	-0.189	-0.156
GDP	BRUTTO-INLANDSPRODUKT		1.981	1.189	2.876	2.075	3.415	3.067	2.641	2.425	2.340

TAB. 1/3 : INDIKATOREN DER OESTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Var1	INVESTITIONSQUOTE ABSOLUTE DIFFERENZEN	24.232	23.710 -0.522	23.914 0.204	24.629 0.716	24.113 -0.516	24.288 0.175	24.500 0.212	24.836 0.336	25.051 0.215	25.142 0.092
UREU	ARBEITSLosenRATE EU DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	3.900	4.400 0.500	4.400 0.000	4.500 0.100	3.700 -0.800	3.400 -0.300	3.200 -0.200	3.100 -0.100	3.200 0.100	3.100 -0.100
Var4	REALZINSSATZ ABSOLUTE DIFFERENZEN		4.022	3.218 -0.804	3.756 0.538	3.224 -0.531	4.334 1.110	4.278 -0.056	4.182 -0.096	4.271 0.089	4.325 0.054
Var5	REALLOEHNE, BRUTTO JE AKTIV BESCH.	43.017	42.679 -0.8%	42.388 -0.7%	43.452 2.5%	44.326 2.0%	44.500 0.4%	45.025 1.2%	45.619 1.3%	46.247 1.4%	46.930 1.5%
PRLEA	ARBEITSPRODUKTIVITAET JE AKTIV BESCH.	79.911	81.950 2.6%	82.567 0.8%	84.098 1.9%	84.790 0.8%	86.560 2.1%	88.296 2.0%	89.909 1.8%	91.722 2.0%	93.588 2.0%
Var6	FINANZIERUNGSSALDO VGR IN PROZENT DES BIP ABSOLUTE DIFFERENZEN	5.077	3.795 -1.281	1.904 -1.892	2.463 0.559	2.023 -0.440	1.698 -0.324	1.480 -0.219	1.343 -0.137	1.263 -0.080	1.159 -0.104

TAB. 2 : KOMPONENTEN DER NACHFRAGE

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
C\$	PRIVATER KONSUM	1285.101	1357.063 5.6%	1389.493 2.4%	1419.518 2.2%	1466.685 3.3%	1536.385 4.8%	1601.566 4.2%	1662.989 3.8%	1723.901 3.7%	1783.536 3.5%
CNP\$	EIGENKONSUM NON-PROFIT	47.453	49.794 4.9%	44.204 -11.2%	46.245 4.6%	48.179 4.2%	49.391 2.5%	50.633 2.5%	51.395 1.5%	52.168 1.5%	52.954 1.5%
CP\$	OEFFENTLICHER KONSUM	484.030	496.681 2.6%	499.101 0.5%	516.484 3.5%	530.655 2.7%	536.460 1.1%	543.166 1.3%	548.598 1.0%	554.084 1.0%	559.625 1.0%
IF\$	BRUTTO-ANLAGE- INVESTITIONEN	575.544	581.238 1.0%	600.320 3.3%	645.774 7.6%	651.020 0.8%	688.221 5.7%	723.808 5.2%	763.195 5.4%	798.269 4.6%	830.773 4.1%
IFE\$	AUSRUESTUNGS- INVESTITIONEN	239.822	232.524 -3.0%	248.547 6.9%	270.623 8.9%	263.738 -2.5%	288.255 9.3%	312.973 8.6%	338.900 8.3%	360.073 6.2%	378.221 5.0%
IFC\$	BAUINVESTITIONEN	335.722	348.714 3.9%	351.773 0.9%	375.151 6.6%	387.282 3.2%	399.965 3.3%	410.835 2.7%	424.295 3.3%	438.196 3.3%	452.552 3.3%
DIFII\$	STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	2.024	-5.252 -7.276	25.537 30.789	-3.122 -28.659	1.564 4.686	1.564 0.000	1.564 0.000	1.332 -0.232	1.099 -0.232	0.867 -0.232
VD\$	INLANDSNACHFRAGE	2394.152	2479.524 3.6%	2558.655 3.2%	2624.899 2.6%	2698.103 2.8%	2812.020 4.2%	2920.737 3.9%	3027.508 3.7%	3129.522 3.4%	3227.754 3.1%
X\$	EXPORTE I.W.S.	903.736	969.939 7.3%	1074.255 10.8%	1172.387 9.1%	1218.651 3.9%	1349.694 10.8%	1457.440 8.0%	1561.380 7.1%	1675.514 7.3%	1798.652 7.3%
M\$	IMPORTE I.W.S.	922.718	996.222 8.0%	1110.690 11.5%	1186.408 6.8%	1228.031 3.5%	1353.253 10.2%	1445.001 6.8%	1535.724 6.3%	1637.846 6.6%	1747.418 6.7%
GDP\$	B I P ZU MARKTPREISEN	2375.170	2453.241 3.3%	2522.220 2.8%	2610.878 3.5%	2688.723 3.0%	2808.461 4.5%	2933.175 4.4%	3053.164 4.1%	3167.190 3.7%	3278.989 3.5%

TAB. 3 : KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD.S ZU PREISEN VON 1995)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
C	PRIVATER KONSUM	1285.101	1326.101 3.2%	1334.116 0.6%	1354.143 1.5%	1390.082 2.7%	1430.394 2.9%	1466.154 2.5%	1498.409 2.2%	1527.329 1.9%	1555.279 1.8%
CNP	EIGENKONSUM NON-PROFIT	47.453	48.947 3.1%	42.932 -12.3%	44.146 2.8%	45.398 2.8%	46.079 1.5%	46.771 1.5%	47.004 0.5%	47.239 0.5%	47.476 0.5%
CP	OEFFENTLICHER KONSUM	484.030	490.216 1.3%	488.233 -0.4%	497.811 2.0%	502.837 1.0%	500.826 -0.4%	500.826 0.0%	500.826 0.0%	500.826 0.0%	500.826 0.0%
IF	BRUTTO-ANLAGE- INVESTITIONEN INSG.	575.544	574.304 -0.2%	586.126 2.1%	621.028 6.0%	620.627 -0.1%	646.485 4.2%	672.132 4.0%	699.337 4.0%	722.486 3.3%	742.092 2.7%
IFE	AUSRUESTUNGS- INVESTITIONEN	239.822	233.389 -2.7%	250.771 7.4%	271.911 8.4%	268.157 -1.4%	289.610 8.0%	311.330 7.5%	333.123 7.0%	350.779 5.3%	364.810 4.0%
IFC	BAUINVESTITIONEN	335.722	340.915 1.5%	335.355 -1.6%	349.117 4.1%	352.470 1.0%	356.876 1.3%	360.802 1.1%	366.214 1.5%	371.707 1.5%	377.282 1.5%
DIFII	STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	2.024	1.742 -0.282	13.492 11.750	1.030 -12.462	-6.732 -7.762	-6.732 0.000	-6.732 0.000	-5.732 1.000	-4.732 1.000	-3.732 1.000
VD	INLANDSNACHFRAGE	2394.152	2441.310 2.0%	2464.899 1.0%	2518.158 2.2%	2552.212 1.4%	2617.052 2.5%	2679.150 2.4%	2739.844 2.3%	2793.147 1.9%	2841.940 1.7%
X	EXPORTE I.W.S.	903.736	958.023 6.0%	1054.663 10.1%	1146.034 8.7%	1185.748 3.5%	1297.457 9.4%	1384.516 6.7%	1463.431 5.7%	1553.811 6.2%	1651.515 6.3%
M	IMPORTE I.W.S.	922.718	977.108 5.9%	1068.547 9.4%	1142.685 6.9%	1164.142 1.9%	1252.791 7.6%	1320.318 5.4%	1387.468 5.1%	1462.880 5.4%	1541.894 5.4%
GDP	B I P ZU MARKTPREISEN	2375.170	2422.225 2.0%	2451.015 1.2%	2521.507 2.9%	2573.818 2.1%	2661.718 3.4%	2743.348 3.1%	2815.807 2.6%	2884.078 2.4%	2951.561 2.3%

TAB. 4 : PREISINDIZES 1995 = 100

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
PC	PRIVATER KONSUM	100.000	102.335 2.3%	104.151 1.8%	104.828 0.6%	105.511 0.7%	107.410 1.8%	109.236 1.7%	110.984 1.6%	112.870 1.7%	114.676 1.6%
PCP	OEFFENTLICHER KONSUM	100.000	101.319 1.3%	102.226 0.9%	103.751 1.5%	105.532 1.7%	107.115 1.5%	108.454 1.3%	109.539 1.0%	110.634 1.0%	111.740 1.0%
PIF	BRUTTO-ANLAGE- INVESTITIONEN	100.000	101.207 1.2%	102.422 1.2%	103.985 1.5%	104.897 0.9%	106.456 1.5%	107.688 1.2%	109.131 1.3%	110.489 1.2%	111.950 1.3%
PIFE	AUSRUESTUNGS- INVESTITIONEN	100.000	99.629 -0.4%	99.113 -0.5%	99.526 0.4%	98.352 -1.2%	99.532 1.2%	100.528 1.0%	101.734 1.2%	102.650 0.9%	103.676 1.0%
PIFC	BAUINVESTITIONEN	100.000	102.288 2.3%	104.896 2.5%	107.457 2.4%	109.877 2.3%	112.074 2.0%	113.867 1.6%	115.860 1.8%	117.888 1.8%	119.951 1.8%
PVD	INLANDSNACHFRAGE	100.000	101.565 1.6%	103.804 2.2%	104.239 0.4%	105.716 1.4%	107.450 1.6%	109.017 1.5%	110.499 1.4%	112.043 1.4%	113.576 1.4%
PX	EXPORTE I.W.S.	100.000	101.244 1.2%	101.858 0.6%	102.299 0.4%	102.775 0.5%	104.026 1.2%	105.267 1.2%	106.693 1.4%	107.833 1.1%	108.909 1.0%
PM	IMPORTE I.W.S.	100.000	101.956 2.0%	103.944 1.9%	103.826 -0.1%	105.488 1.6%	108.019 2.4%	109.443 1.3%	110.685 1.1%	111.960 1.2%	113.329 1.2%
PGDP	B I P ZU MARKTPREISEN	100.000	101.280 1.3%	102.905 1.6%	103.544 0.6%	104.464 0.9%	105.513 1.0%	106.920 1.3%	108.429 1.4%	109.816 1.3%	111.093 1.2%

TAB. 5 : EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. S ZU LAUFENDEN PREISEN)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
XG\$	WARENEXPORTE	581.421	613.910 5.6%	716.062 16.6%	776.264 8.4%	822.964 6.0%	945.273 14.9%	1037.929 9.8%	1119.764 7.9%	1212.391 8.3%	1312.604 8.3%
XSO\$	EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	113.222	129.737 14.6%	144.062 11.0%	160.643 11.5%	164.182 2.2%	172.153 4.9%	180.327 4.7%	191.740 6.3%	203.574 6.2%	217.386 6.8%
XST\$	REISEVERKEHR	135.995	135.335 -0.5%	134.085 -0.9%	138.404 3.2%	141.955 2.6%	146.966 3.5%	152.598 3.8%	159.534 4.5%	165.566 3.8%	170.989 3.3%
XADJ\$	EXPORTE ADJUSTMENT	73.098	90.957 24.4%	80.046 -12.0%	97.076 21.3%	89.550 -7.8%	85.302 -4.7%	86.586 1.5%	90.342 4.3%	93.983 4.0%	97.674 3.9%
X\$	EXPORTE I.W.S.	903.736	969.939 7.3%	1074.255 10.8%	1172.387 9.1%	1218.651 3.9%	1349.694 10.8%	1457.440 8.0%	1561.380 7.1%	1675.514 7.3%	1798.652 7.3%
MG\$	WARENIMPORTE	643.977	685.453 6.4%	761.319 11.1%	813.995 6.9%	859.942 5.6%	962.645 11.9%	1041.470 8.2%	1117.155 7.3%	1202.857 7.7%	1296.416 7.8%
MSO\$	IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	104.486	117.745 12.7%	122.953 4.4%	134.833 9.7%	132.107 -2.0%	136.905 3.6%	141.181 3.1%	146.881 4.0%	153.557 4.5%	159.914 4.1%
MST\$	REISEVERKEHR	109.510	116.702 6.6%	123.244 5.6%	117.734 -4.5%	117.953 0.2%	120.914 2.5%	124.199 2.7%	127.827 2.9%	131.625 3.0%	134.935 2.5%
MADJ\$	IMPORTE ADJUSTMENT	64.745	76.322 17.9%	103.174 35.2%	119.846 16.2%	118.029 -1.5%	132.790 12.5%	138.151 4.0%	143.861 4.1%	149.807 4.1%	156.152 4.2%
M\$	IMPORTE I.W.S.	922.718	996.222 8.0%	1110.690 11.5%	1186.408 6.8%	1228.031 3.5%	1353.253 10.2%	1445.001 6.8%	1535.724 6.3%	1637.846 6.6%	1747.418 6.7%

Datum: 7/26/00

TAB. 6 : EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. S ZU PREISEN 1995)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000				
XG	WARENEXPORTE	581.421	607.832 4.5%	706.873 16.3%	764.792 8.2%	809.869 5.9%	919.201 13.5%	997.000 8.5%	2002	2003	2004
XSO	EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	113.222	127.193 12.3%	139.595 9.8%	154.613 10.8%	155.260 0.4%	159.763 2.9%	164.875 3.2%	1138.636 7.2%	1221.756 7.3%	
XST	REISEVERKEHR	135.995	132.942 -2.2%	129.176 -2.8%	130.988 1.4%	133.441 1.9%	136.110 2.0%	139.513 2.5%	143.600 3.0%	189.050 5.0%	
XADJ	EXPORTE ADJUSTMENT	73.098	90.056 23.2%	79.019 -12.3%	95.641 21.0%	87.178 -8.8%	82.383 -5.5%	82.795 0.5%	85.279 3.0%		
X	EXPORTE I.W.S.	903.736	958.023 6.0%	1054.663 10.1%	1146.034 8.7%	1185.748 3.5%	1297.457 9.4%	1384.516 6.7%	1463.431 5.7%	1553.811 6.2%	
MG	WARENIMPORTE	643.977	671.355 4.3%	735.929 9.6%	790.747 7.4%	824.919 4.3%	899.162 9.0%	960.305 6.8%	1018.883 6.1%	1085.111 6.5%	1140.000 6.0%
MSO	IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	104.486	116.811 11.8%	118.452 1.4%	129.150 9.0%	124.731 -3.4%	127.226 2.0%	129.516 1.8%	132.754 2.5%	136.736 3.0%	140.155 2.5%
MST	REISEVERKEHR	109.510	114.190 4.3%	114.433 0.2%	106.365 -7.1%	103.885 -2.3%	104.404 0.5%	105.448 1.0%	107.030 1.5%	108.368 1.3%	109.452 1.0%
MADJ	IMPORTE ADJUSTMENT	64.745	74.752 15.5%	99.733 33.4%	116.423 16.7%	110.607 -5.0%	122.000 10.3%	125.050 2.5%	128.801 3.0%	132.665 3.0%	136.645 3.0%
M	IMPORTE I.W.S.	922.718	977.108 5.9%	1068.547 9.4%	1142.685 6.9%	1164.142 1.9%	1252.791 7.6%	1320.318 5.4%	1387.468 5.1%	1462.880 5.4%	1541.894 5.4%

TAB. 7 : EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT VGR (1995 = 100)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
PXG	WARENEXPORTE	100.000	101.000 1.0%	101.300 0.3%	101.500 0.2%	101.617 0.1%	102.836 1.2%	104.070 1.2%	105.423 1.3%	106.478 1.0%	107.436 0.9%
PXSO	EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	100.000	102.000 2.0%	103.200 1.2%	103.900 0.7%	105.747 1.8%	107.756 1.9%	109.372 1.5%	111.286 1.8%	113.067 1.6%	114.989 1.7%
PXST	REISEVERKEHR	100.000	101.800 1.8%	103.800 2.0%	105.662 1.8%	106.380 0.7%	107.976 1.5%	109.380 1.3%	111.020 1.5%	112.408 1.3%	113.813 1.3%
PX	EXPORTE I.W.S.	100.000	101.244 1.2%	101.858 0.6%	102.299 0.4%	102.775 0.5%	104.026 1.2%	105.267 1.2%	106.693 1.4%	107.833 1.1%	108.909 1.0%
PMG	WARENIMPORTE	100.000	102.100 2.1%	103.450 1.3%	102.940 -0.5%	104.246 1.3%	107.060 2.7%	108.452 1.3%	109.645 1.1%	110.851 1.1%	112.181 1.2%
PMSO	IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	100.000	100.800 0.8%	103.800 3.0%	104.400 0.6%	105.914 1.4%	107.608 1.6%	109.007 1.3%	110.642 1.5%	112.302 1.5%	114.099 1.6%
PMST	REISEVERKEHR	100.000	102.200 2.2%	107.700 5.4%	110.689 2.8%	113.542 2.6%	115.813 2.0%	117.782 1.7%	119.430 1.4%	121.461 1.7%	123.283 1.5%
PM	IMPORTE I.W.S.	100.000	101.956 2.0%	103.944 1.9%	103.826 -0.1%	105.488 1.6%	108.019 2.4%	109.443 1.3%	110.685 1.1%	111.960 1.2%	113.329 1.2%
Var1	PX/PM*100 TERMS OF TRADE, GESAMT	100.000	99.301 -0.7%	97.993 -1.3%	98.529 0.5%	97.428 -1.1%	96.303 -1.2%	96.184 -0.1%	96.393 0.2%	96.313 -0.1%	96.100 -0.2%
Var2	PXG/PMG*100 TERMS OF TRADE, GUETER	100.000	98.923 -1.1%	97.922 -1.0%	98.601 0.7%	97.478 -1.1%	96.055 -1.5%	95.960 -0.1%	96.150 0.2%	96.055 -0.1%	95.770 -0.3%

TAB. 9 : AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG OESTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Var1	M\$/GDP\$*100	38.849	40.608	44.036	45.441	45.673	48.185	49.264	50.299	51.713	53.291
	IMPORTQUOTE, GESAMT ABSOLUTE DIFFERENZEN		1.760	3.428	1.405	0.232	2.511	1.079	1.035	1.413	1.578
Var2	MG\$/GDP\$*100	27.113	27.941	30.184	31.177	31.983	34.277	35.507	36.590	37.979	39.537
	IMPORTQUOTE, GUETER ABSOLUTE DIFFERENZEN		0.828	2.244	0.993	0.806	2.293	1.230	1.083	1.389	1.558
Var3	X\$/GDP\$*100	38.049	39.537	42.592	44.904	45.325	48.058	49.688	51.140	52.902	54.854
	EXPORTQUOTE, GESAMT ABSOLUTE DIFFERENZEN		1.488	3.055	2.312	0.421	2.734	1.630	1.452	1.763	1.952
Var4	XG\$/GDP\$*100	24.479	25.024	28.390	29.732	30.608	33.658	35.386	36.676	38.280	40.031
	EXPORTQUOTE, GUETER ABSOLUTE DIFFERENZEN		0.545	3.366	1.342	0.876	3.050	1.728	1.290	1.604	1.751
Var5	BPC/GDP\$*100	-2.274	-2.069	-2.543	-2.288	-2.773	-2.174	-1.724	-1.485	-1.242	-0.953
	LEISTUNGSBILANZQUOTE ABSOLUTE DIFFERENZEN		0.205	-0.474	0.255	-0.485	0.599	0.450	0.239	0.243	0.288

TAB. 10 : ARBEITSMARKT

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
POPWAT	ERWERBSFAEHIGE BEVOELKERUNG IN 1000	5221.600	5237.000 0.3%	5254.500 0.3%	5266.200 0.2%	5271.500 0.1%	5266.800 -0.1%	5259.800 -0.1%	5257.900 0.0%	5258.400 0.0%	5250.100 -0.2%
TLFPR	ERWERBSQUOTE	70.002	69.623 -0.5%	69.613 0.0%	69.962 0.5%	70.199 0.3%	70.599 0.6%	71.171 0.8%	71.470 0.4%	71.684 0.3%	71.828 0.2%
TLF	ERWERBSPERSONEN	3655.202	3646.161 -0.2%	3657.817 0.3%	3684.359 0.7%	3700.541 0.4%	3718.316 0.5%	3743.452 0.7%	3757.817 0.0%	3769.449 0.3%	3771.026 0.0%
Var1	INLAENDISCHE ERWERBSPERSONEN	3330.008	3318.204 -0.4%	3331.510 0.4%	3357.314 0.8%	3366.933 0.3%	3373.699 0.2%	3388.497 0.4%	3396.650 0.2%	3402.864 0.2%	3399.859 -0.1%
DLFFOR	AUSLAENDISCHES ARBEITS- KRAEFTEANGEBOT	325.194 2.8%	327.957 0.8%	326.307 -0.5%	327.045 0.2%	333.608 2.0%	344.617 3.3%	354.956 3.0%	361.167 1.8%	366.585 1.5%	371.167 1.3%
SEG	SELBSTAENDIG ERWERBSTAETIGE	371.300	368.400 -0.8%	368.900 0.1%	369.900 0.3%	370.900 0.3%	372.755 0.5%	374.618 0.5%	378.364 1.0%	382.148 1.0%	385.970 1.0%
DLF	ARBEITSKRAEFTEANGEBOT	3283.902	3277.761 -0.2%	3288.917 0.3%	3314.459 0.8%	3329.641 0.5%	3345.561 0.5%	3368.834 0.7%	3379.452 0.3%	3387.301 0.2%	3385.056 -0.1%
LEA	UNSELBSTAENDIG AKTIV-BESCHAEFTIGTE	2972.259	2955.750 -0.6%	2968.506 0.4%	2998.307 1.0%	3035.535 1.2%	3074.997 1.3%	3106.977 1.0%	3131.833 0.8%	3144.360 0.4%	3153.793 0.3%
LENACT	KUG-BEZIEHER UND PRAESENZDIENER	95.927	91.504 -4.6%	87.063 -4.9%	78.359 -10.0%	72.363 -7.7%	69.107 -4.5%	68.070 -1.5%	67.389 -1.0%	67.052 -0.5%	67.052 0.0%
UN	ARBEITSLOSE	215.716	230.507 6.9%	233.348 1.2%	237.793 1.9%	221.743 -6.7%	201.458 -9.1%	193.787 -3.8%	180.230 -7.0%	175.888 -2.4%	164.211 -6.6%
UR	ARBEITSLOSENRATE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	6.569	7.032 0.464	7.095 0.063	7.174 0.079	6.660 -0.515	6.022 -0.638	5.752 -0.269	5.333 -0.419	5.193 -0.141	4.851 -0.342

TAB. 11 : EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. S ZU LAUFENDEN PREISEN)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
GDP\$	BIP ZU MARKTPREISEN NOM.	2375.170	2453.241 3.3%	2522.220 2.8%	2610.878 3.5%	2688.723 3.0%	2808.461 4.5%	2933.175 4.4%	3053.164 4.1%	3167.190 3.7%	3278.989 3.5%
YWGG\$	ARBEITNEHMER-ENTGELT LT. VGR	1278.584	1290.932 1.0%	1310.505 1.5%	1365.715 4.2%	1419.680 4.0%	1469.775 3.5%	1528.127 4.0%	1585.639 3.8%	1641.333 3.5%	1697.291 3.4%
BUSE	BRUTTOBETRIEBSUEBER- SCHUSS/SELBST.EINK	808.128	863.281 6.8%	882.746 2.3%	911.140 3.2%	926.683 1.7%	984.344 6.2%	1037.949 5.4%	1085.743 4.6%	1128.803 4.0%	1168.762 3.5%
PASUB	PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	288.458	299.028 3.7%	328.969 10.0%	334.023 1.5%	342.360 2.5%	354.343 3.5%	367.099 3.6%	381.783 4.0%	397.054 4.0%	412.936 4.0%
YF\$	PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	-26.950	-11.525 -57.2%	-14.159 22.9%	-23.451 65.6%	-52.337 123.2%	-52.337 0.0%	-52.337 0.0%	-52.337 0.0%	-52.337 0.0%	-52.337 0.0%
DEP\$	ABSCHREIBUNGEN LT. VGR	313.455	324.671 3.6%	335.027 3.2%	347.576 3.7%	360.089 3.6%	374.493 4.0%	390.596 4.3%	404.267 3.5%	418.416 3.5%	433.060 3.5%
Y\$	NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	2034.765	2117.045 4.0%	2173.034 2.6%	2239.851 3.1%	2276.297 1.6%	2381.631 4.6%	2490.242 4.6%	2596.561 4.3%	2696.437 3.8%	2793.592 3.6%
YT\$	LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-7.121	-11.466 61.0%	-10.235 -10.7%	-15.824 54.6%	-16.968 7.2%	-16.968 0.0%	-16.968 0.0%	-17.307 2.0%	-17.654 2.0%	-18.007 2.0%
NE\$	VERFÜGBARES NETTOEINK. DER VOLKSWIRTSCHAFT	2027.644	2105.579 3.8%	2162.799 2.7%	2224.027 2.8%	2259.329 1.6%	2364.663 4.7%	2473.274 4.6%	2579.254 4.3%	2678.784 3.9%	2775.585 3.6%

Autoren: Bernhard Felderer, Daniela Grozea-Helmenstein, Christian Helmenstein, Helmut Hofer,
Reinhard Koman, Monika Riedel, Edith Skriner, Andrea Weber

Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2000–2004

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 14

Redaktion: Isabella Andrej

© 2000 Institut für Höhere Studien (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Stumpergasse 56, A-1060 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 5970635 ♦ <http://www.ihs.ac.at>
